









...verhältnig wird, wenn er mindestens ein Einkommen von 600 bis 900 M. verliert. Jetzt bei Beginn des neuen Steuerjahres müssen die Arbeiter darauf achten, ob sie in diejenige Steuerstufe aufgenommen werden, die ihrem wöchentlichen Einkommen entspricht. In dies nicht der Fall, so sollte jeder Arbeiter, gleichviel, ob er zu hoch oder zu niedrig veranlagt wurde, gegen die Veranlagung geltend machen. — Im weiteren Verlaufe der Veranlagung wurde beschlossen, im kommenden Sommer auf die beabsichtigten gemeinsamen Krempelpartien einen gemeinsamen Ausflug nach Oberniedernitz mittels der Eisenbahn zu unternehmen. Bei der vorgeschlagenen Wahl eines Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress wurden 205 Stimmen für den Kollegen Dr. Frig. Dreßler abgegeben. Bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung wurde mitgeteilt, daß dieselbe nach Vervollendung der Karenzwoche tageweise berechnet wird.

Der Maler-Verband hielt gestern Abend im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Kollege Adam über die Verhandlungen der stattgefundenen General-Versammlung Bericht erstattete. Gemäß einer Anregung der General-Versammlung wurde beschlossen, in Anbetracht der Anstellung eines Lokalbeamten den Beitrag von 45 auf 55 Pf. pro Woche zu erhöhen. Als Lokalbeamter wurde Kollege Adam gewählt, weshalb sich auch die Neuwahl eines anderen Vorsitzenden notwendig machte. Hierbei wurde Kollege Willner gewählt. Der Maler-Schiffbau wurde aus dem Verbande ausgeschlossen. Unter „Verschiedenes“ gelangten noch kleinere Vereinsangelegenheiten zur Besprechung.

An Eltern und Vormünder erläßt der Verband der Schirmmänner im heutigen Inseratenteil eine Warnung wegen der Einführung von Beihilgen in den überfüllten Beruf.

Birkus Busch. Der Andrang zur Abendklasse ist anlässlich der Aufführung des neuen Lustspielstückes „Klonbife“ fortgesetzt ein derartig starker, daß wir nochmals darauf hinweisen möchten, daß die Birkusklasse von 11 Uhr Vormittags ab ununterbrochen geöffnet ist; bei der Birkus-„Alte“ Gesellschaft sind im Verbandsbüro Barack und außerdem Billets zu Originalpreisen erhältlich.

Unschuldig ins Zuchthaus! Eine Personen-Verwechslung beschäftigte die zweite Strafkammer im Wiederholungsverfahren. Am 22. August 1903, Abends gegen 8 Uhr, traten in die Dämlich-Nische Filiale an der Friedrich-Wilhelmstraße zwei Männer, die sich eine Karaffe Rotwein für 50 Pf. und einige Biskuits geben ließen. Nachdem sie den Wein getrunken hatten, bezahlte der eine die ganze Reche, indem er der Verkäuferin ein Zwangsamtsschild hinlegte, und während sie das Wechselgeld aus ihrer Kasse herausfuchte und auf den Tisch ähnlte, wuschten beide durch ein lebhaftes Gespräch sie darauf zu beschäftigen, daß sie nicht gewahrt wurde, wie sowohl das Goldstück als auch das Wechselgeld von der Kassetafel verschwand und in die Tasche des Mannes wanderte. Erst als die fragwürdigen Gäste das Lokal verlassen hatten, bemerkte sie ihren Verlust und rief ihnen nach, konnte sie aber auf der Straße nicht ermitteln und setzte deshalb ohne Verzug die Polizei von dem Gaunerfische in Kenntnis. Nach der Personalbeschreibung war die Kriminalpolizei der Meinung, daß die Täter in dem mehrfach und schwer vorbestraften Agenten Heinrich Mangel und dem Keller August Lange zu suchen seien. Auf diese beiden wurde bereits gefahndet, weil sie in dem Verachte standen, an anderer Stelle einen Schwindel mit einem außer Kurs gesetzten Amerikanischen Peso-Scheine verübt zu haben. Sie wurden bald darauf ermittelt und festgenommen und fanden am 23. Oktober 1903 vor der zweiten Strafkammer unter der Anklage des Betruges in zwei Fällen. Da sie in beiden Fällen von den geschädigten Personen mit voller Bestimmtheit (1) als die Täter wiedererkannt wurden, erachtete das Gericht sie trotz ihrer Unschuldsbetreibungen für überführt und verurteilte Mangel, der sich als Betrüger im Rückfalle befand, zu fünf Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe und Lange, der bis dahin noch unbescholten war, zu sechs Wochen Gefängnis. Nachdem Mangel bereits einen Teil der Strafe verbüßt hatte, fiel es ihm ein, daß er an dem Tage, an dem er den Schwindel in der Mierischen Weinstube verübt haben sollte, zu Hause die Tasse seines jüngsten Kindes gefeiert und seine Wohnung von Frau Nachmittags an nicht mehr verlassen hatte. Er setzte sich nun vom Strafanwalt Zuchthaus aus mit einem hiesigen Rechtsanwalt in Verbindung, um die Sache wieder in Fluss zu bringen. Dem Verteidiger gelang es, beim Oberlandesgericht bezüglich des Falles in der Mierischen Weinstube das Wiedernahmeverfahren zu erwirken. Ihm war bekannt, daß in Wien der Schwindel mit einem zu wechselnden Goldstücke von einer ganzen Gaunerbande lange Zeit systematisch betrieben worden war. Die Wiener Polizei gab bereits vorläufige Photographien von den Betrügern, soweit sie dort bereits ermittelt und bestraft waren, her, und als diese der Verkäuferin in der Mierischen Weinstube vorgezeigt wurden, bezeichnete sie ein auf einem Bilde zusammen photographiertes Verdächterpaar als möglicherweise identisch mit dem, von dem sie an jenem Abende geschädigt worden. Das Bild stellte aber nicht Mangel und Lange, sondern zwei Wiener Hochflöter dar. Die Vernehmung war um so merkwürdiger, als Mangel auffallend flehende schwarze Augen und sehr schwarz ausgeprägte charakteristische Gesichtszüge besitzt, die sich dem Gedächtnisse sofort unvergänglich einprägen. Da nun obenstehend jetzt in der neuen Hauptverhandlung vor der zweiten Strafkammer der Alibiweis Mangel über jeden Zweifel gelang, indem mehrere einmündliche Zeugen bezeugten, daß er an jenem Tage Nachmittags und Abends ununterbrochen bei der Tankstelle anwesend gewesen sei, so beantragte der Staatsanwalt selbst bezüglich des zur Veranlagung stehenden Falles die Freisprechung, und das Gericht erkannte, daß die Strafen für Mangel auf drei Jahre Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe, für Lange auf einen Monat Gefängnis herabzusetzen sind. Bezüglich des zweiten Betrugsfalles wird nach diesem Erfolge auch noch das Wiedernahmeverfahren beantragt werden.

Unauskessfälle. Gestern Nachmittag wurde Ede Jannernstraße und Schuhbrücke ein Radfahrer von einer Droschke überfahren. Der Radfahrer trug keinen Schaden davongetragen zu haben, aber das Rad war vollständig zertrümmert. — Einem Maurer fiel in einem Neubau auf der Schweidnitzerstraße ein eiserner Träger auf den rechten Arm, wodurch dieser in komplizierter Weise oberrochen wurde. Der Verunglückte fand im Krankenhaus „Bethlehem“ Aufnahme.

Feuer. Gestern Abend wurde die Feuerwehre nach Obfischerstraße 97 gerufen, wo in einer im 4. Stock gelegenen Wohnstube ein Christbaum brannte und der Fußboden angekohlt war. Der Brand, der durch Fahrlässigkeit beim Umgeben mit Licht verursacht worden war, war vor Ankunft der Feuerwehre gelöscht.

Mit Beschlag belegt wurde im November v. J. ein Damening mit 2 Brillanten im Werte von 400 M. Der Ring ist einem Dienstmädchen abgenommen worden, welches angab, daß ihr Vater diesen Ring in Oels gefunden habe. Viele Angaben erscheinen nicht wahrscheinlich. Der Eigentümer des Ringes meldete sich im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums.

Gestohlen. Am 29. d. M., Nachmittags, kam eine 80 bis 85 Jahre alte weibliche Person in eine Wohnung auf der Festungsstraße, um eine Schlafstube zu mieten und entweckte bei passender Gelegenheit ein Portemonnaie mit 4 M. — Durch anscheinend dieselbe Person wurde aus einer Wohnung auf der Kupferstraße ein Portemonnaie mit 25 M. gestohlen. — Aus einem Neubau auf der Auguststraße wurden einem Kupferarbeiter ein Paar Schindelschuhe und einem Maler eine Pulverdose mit Nickelkette gestohlen. — Bei dem Landdiebe, der am 25. d. M., Abends, auf dem Hauptbahnhof festgenommen worden ist, wurden unter anderem vorgefunden: eine braune Pfeilsche, ein schwarzes Portemonnaie, enthaltend 8.03 Mark, 15 Kreuzer und eine Fahrkarte 4. Klasse Oberberg-Berlin, ein gelbbraunes Portemonnaie enthaltend 1.65 M., mehrere Pfeilsche und einen Postniederungschein über 35 M., angeklebter in Duisburg, und eine Nickelmontur mit schwarzer, angedickter Kette.

Polizeifische Melbungen: In das Polizeigefängnis wurden am 29. d. M., 26 Personen eingeliefert. — Gefangen wurde: eine goldene Damenuhr. — Abhanden kamen: ein Portemonnaie mit 100 Mark und einem Pfandbriefe, eine goldene Damenuhr mit langer Kette und eine Korallenbroche. — Vermißt wird seit dem 26. d. M. der 41 Jahre alte Higarrenmacher Anton Schöps, welcher Friedrichstraße 67 gewohnt hat. Es wird vermutet, daß er sich am Schornstein das Leben genommen hat. — Vermißt wird ferner seit dem 26. d. M. der 24 Jahre alte Ledergeschäftsgeselle Richard Zimmer, Polsterstraße 59. — Seit dem 26. d. M. wird der 82 Jahre alte Rittmeister Wilhelm Reye, Matthiasstraße 91, vermißt.

Schweidnitz, 20. März. Ein betrügerischer Unteroffizier. In Berliner Blättern lesen wir: Vor dem Oberkriegsgericht des 6. Armee-Korps als Verurteilung stand der Unteroffizier der Landwehr R. vom Bezirks-Kommando Schweidnitz. Der Unteroffizier ist vom Kriegsgericht der 11. Division am 23. Februar degradiert worden und hatte Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht beschäftigte sich nun nochmals mit der Sache. Der Angeklagte war vom Schöffengericht Breslau am 18. November wegen Betrugs zu 30 M. Geldstrafe und am 25. Januar wegen Betrugs, Widerstands und Beleidigung zu 75 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte ist der Sohn eines Steuerinspektors; in Reichensdorf hat er als Einjährig-Freiwilliger gedient, war Militär beim Magistrat in Breslau, wo er aber wegen Trunkenheit im Dienst entlassen wurde. Die Verteidiger bestanden darin, daß er in Breslauer Bierlokale sich Gelder verschaffen und verschwand, ohne zu bezahlen. Das Oberkriegsgericht verwarf die Berufung, da der Angeklagte mit Raffinement wie ein Hochkapler vorgegangen sei und sich unwürdig gezeigt habe, weiter die Stelle eines Vorgesetzten einzunehmen.

Bunzlau, 21. März. Etwas vom Freisinn. Seit langer Zeit hat man vom freisinnigen Wahlverein nichts gehört und allgemein war die Meinung verbreitet, er existiere überhaupt nicht mehr. Nun sind wir eines Besseren belehrt; denn am Donnerstag Abend fand die Generalversammlung genannten Vereins statt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder legten sämtlich ihre Ämter nieder und zurückblieben dies mit Krankheit. Man sieht, die Herren haben etwas den Ministern abgekauft. Als Vorsitzender wurde Herr Lehrer Seifert, als dessen Stellvertreter Herr Scaar und als Schriftführer Herr Rebatteur Seitz gewählt. Die Diskussion war eine ziemlich rege, denn man unterhielt sich über die Ursachen des Stimmenrückganges, den die Freisinnigen bei der letzten Wahl erlitten und über die event. Erfolge bei einer neuen Wahl. Die Versammlung war von ca. 20 Personen besucht. — Nun sind neue Männer an der Spitze; aber auch sie werden nicht instand sein, den Kohl noch einmal fett zu machen. Binnen Kurzem soll auch eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der ein auswärtiger Redner auftreten wird.

Die Vorbereitungen für die Mai- und Schülerfeste sind im vollen Gange. Die erstere wird wie im Vorjahre in zwei Lokalen abgehalten werden, die letztere am 9. Mai in den 3 Kronen. Die Programme sind sorgfältig ausgearbeitet und stehen somit der Arbeitererschaft zwei genübende Tage in Aussicht.

Nieder-Hermsdorf, 30. März. Zu Tode verunglückt. Am Dienstag bei der Frühlicht verunglückte der Bergbauer Anton Wagner zu Hermisdorf in der 6. Schwesterbachstetlung. Wagner soll vor die Arbeit gearbeitet haben. Man fand ihn neben einer Rolle in bewußtlosem Zustande. Er wurde ins Knappschaffs-Lazarett geschafft, wo er noch am selben Abend verstarb. Wagner hinterläßt eine Frau und 5 Kinder.

Feuer, 30. März. Noch ein Landrat! Die Meldung von dem eigentümlichen Verhalten des Landrats von Landeshut, Dr. von Döllinger de Ranke, drückt das „Gaunerische Stabblatt“ ab und sagt hinzu: „Vorliegendes dürfte auch für unsere Kreisstaats-Abgeordneten von Interesse sein, da ähnliche Verhältnisse auch hier schon seit Jahren die Kritik herausgefordert haben. Auch das hiesige Kreishaus, das dem Kreise bei seinem Erwerb fast gar nichts kostete — das Kaufgeld wurde zum Teil der Frau entnommen — ist für den Kreis durch den vor einigen Jahren erfolgten Vergrößerungsbau — der indes die für die eigentliche Kreisverwaltung nötigen Räume kaum vergrößerte, dagegen aber die landräulichen Bureaus und Wohnung — eine schwere Last für die Steuerzahler geworden. Die Mietsentschädigung, die der Herr Landrat zahlte für die außerordentlich große Wohnung nebst allem möglichen Zubehör und die speziellen staatlichen Bureaus, für welche letztere der Staat ihm eine angemessene Entschädigung gewährt, steht nicht im richtigen Verhältnis zu den Baukosten und den hier üblichen Mietspreisen. Für den Kreisstag ist aus dem Vergrößerungsbau trotz der vielen neu geschaffenen Räume nicht einmal ein Sitzungssaal abgefallen; er muß seine Sitzungen im Stadterordneten-Sitzungssaal des Rathhauses abhalten. So wenig allerdings, wie der Herr Landrat in Landeshut, der für seine 14 Zimmer im Kreisbau nur 800 Mark Miete bezahlt, zahlt der hiesige Landrat gerade nicht. Es dürfte wohl gerechtfertigt sein, wenn die oberen Behörden sich etwas eingehender mit diesen wohl in vielen Kreisen vorkommenden Verhältnissen beschäftigten, denn die Steuerzahler, die doch zu den Staatslasten, aus denen die Herren Landräte ihre Gehälter und sonstigen Verwaltungskosten beziehen, voll und ganz herangezogen werden, haben sicher keine Verpflichtung, auch noch mit ihren Kreissteuern diese Einkommen zu erhöhen, so wenig wie sie für die Erhöhung der Mietsentschädigungen für die anderen staatlichen Polizei- und Verwaltungsbeamten aufzukommen haben.“

Es sieht beinahe hiernach auch nicht das geringste in der Kreisordnung. Nichtiger wäre es, die politische und die ökonomische Verwaltung der Kreise voneinander trennen, und letztere einem vom Kreisstag gewählten Kreis-Vorsitzenden überlassen, während der politische, vom Staate bezahlte Beamte nur seine Staatsangelegenheiten zu besorgen hätte; dies würde vielleicht zu einer Verminderung der Landräte überhaupt beitragen, da dann gut ein Landrat wenigstens zwei benachbarte Kreise staatlich verwalten könnte.“

Kattowitz, 30. März. Eine seltsame Art, die Interessen der Steuerzahler zu wahren, scheinen die hiesigen Stadtväter zu besitzen. Sie haben nach der „Kattowitzer Zeitung“ parlamentarische Beratende“ eingeführt, zu denen die Magistrats- und Stadterordneten-Mitglieder sich einfinden, um schon vor der Sitzung beim Glase Bier die Frage zu besprechen und teilweise zu erledigen, welche in der öffentlichen Stadterordnetenversammlung verhandelt werden sollen.

Es wird hohe Zeit, daß endlich sozialdemokratische Stadterordnete gewählt werden, die den übrigen klar machen, daß man über das Wohl und Wehe der Stadt nicht wie über einen Preis-Etat beim Glase Bier zu entscheiden hat!

Königsbrunn, 30. März. Rückgang der Genickstarre? Wie anulich mitgeteilt wird, ist die Frage der Schließung der Schulen der Wehginahmegericht wiederholt vorgelegt, aber stets in verneinendem Sinne beantwortet worden, da nach Ansicht der Ärzte die Schließung der Weiterverbreitung der Krankheit durch die in den Wohnungen stattfindenden Anhaufungen von Menschen nur noch mehr Tor und Türe öffnet. Zudem ist durch Anstellung in der Schule bisher noch kein Fall konstatiert worden. Zu Beunruhigungen scheint nunmehr kein Anlaß mehr vorzuliegen, da die Krankheit in den letzten Tagen einen starken Rückgang aufweist.

Die Furcht vor der Genickstarre nimmt immer neue Formen an. Das Schicksal eines Soldatenbrüdes, der nach Glatz bestimmt war und zurück kam, teilten wir bereits mit. Etwas ähnliches passierte in Driez. Dort wurde eine Pflanzweitung, mit der man von Oberschlesien aus einen Soldaten befallen wollte, nicht angenommen, sondern einfach zurückgeschickt, weil zu gefährlich!

Königsbrunn, 31. März. Summe weiten Male angekündigt. Aus dem städtischen Krankenhaus war der Brandstifter Dömann in der Nacht zu Montag entwichen. Der Brandstifter hatte bei seinem Besuche mit dem herrlichen Gemahlin Papantina einen Schnitt ins Ohr erhalten und war infolgedessen

nach in das städtische Krankenhaus gebracht, da er einseitige Lähmung zeigte. Der Hühling hatte sich schon in der Nacht zum 19. März dieses Jahres an einem Stricke aus seiner Stube heruntergelassen. Er muß jedoch abgefährt sein und wurde am anderen Morgen lebenslos aufgefunden. Deshalb wartete auch das Schöffengericht Königsbrunn vergeblich auf den Mann, der sich am genannten Tage wegen eines Raubdeliktes verurteilt sollte, und der Termin wurde auf den 29. März verlegt. Jetzt ist der Verbrecher nun aufs neue ausgegriffen.

Wie schon gemeldet wird, ist es gelungen, den Hühling in Wisniewitz zu ermitteln und zu verhaften, sowie seinen Rücktransport in das hiesige Krankenhaus zu bewirken.

### Aus der Provinz Posen.

Krieg im Posener Baugewerbe in Sicht. Eine hoch beschuldigte Verammlung der Maurer fand am 26. März, Abends 12 Uhr, in Posen statt. Viele Besucher konnten wegen Ueberfüllung des Saales keinen Einlaß mehr erhalten. Auf der Tagesordnung stand das allen Arbeitnehmern im Baugewerbe wichtige Thema: „Welche Stellung nehmen die Maurer Posen's gegen den von den Arbeitgeberern ins Leben gerufenen Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Posen?“ Schulz führte den Verammelten das unablässige Streben des Arbeitgeberverbandes vor Augen, die organisierten Arbeiter des Baugewerbes durch derartige Arbeitsnachweise niederzuknüchten; auch die Posener Arbeitgeber seien entschlossen, die Mode mitzumachen. Die Vertreter der Arbeiter seien bei dieser Errichtung dieses Arbeitsnachweises nicht gefragt worden, man wolle also keine „Partei“. Das Treiben der Herren wäre um so durchsichtiger, da nun am 1. April die vertraglich gemächteste Lohnerböschung in Frage käme. Ein Arbeitsnachweis, an dem die Mitwirkung der Organisation ausgeschlossen wäre, sei ganz ratsam zu bekämpfen und den Werkgebern der Unternehmer mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten. Nach einer lebhaften Diskussion wurde dann eine Resolution angenommen, welche erklärt, daß man dem Arbeitsnachweis kein Vertrauen entgegenbringen könne und daß man weitere Schritte zu ergreifen gedenke.

### Kleine provinzielle Nachrichten.

In Reichsbühl benutzte, wie der „S.“ berichtet, ein Dienstmädchen beim Schlafengehen eine Petroleumlampe. Als sie im Begriff war, sie anzuzulösen, explodierte die Lampe. Das brennende Petroleum ergoß sich über die Betten und die in der Nähe liegenden Sachen. Auf die Hilfeleistung des Mädchens kamen sofort Feuerwehner herbei. So konnte das Feuer noch rechtzeitig erlosch werden, doch waren die Betten schon zum größten Teile angebrannt. — Wegen eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit wurde in Bromberg der Arbeiter Rudolf Gollma zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. — Scharlowitz, der schwere Junge, der aus dem Gefängnis Scharlowitz entwichen ist, soll, der „Magdeburger Zeitung“ zufolge in Magdeburg verhaftet worden sein. — Von einem während gewordenen Stier, der sich Nacht um zwei Ketten losgerissen, wurde in Busen der Hiltz Pächter, der im Stau schief, zum Glück gerettet. Rippen und Halsgrat wurden ihm gebrochen. Der Unglückliche ward im Krankenhaus. — Beim Ausräumen wurde der Arbeiter Gaitowski dabei durch herabfallende Erbmatten verletzt. Ihm wurden beide Beine gebrochen. — Der ehemalige Gutbesitzer Haber Gonia, früher in Hermsdorf wohnhaft, der sich jetzt obdachlos umhertreibt, wurde in Bromberg verhaftet, weil er verschiedene Händler Karroffeln verkauft und sich auch Anhangung hierauf hatte geben lassen, obgleich er die Ware gar nicht besaß, also auch nicht liefern konnte. Ferner hat auch Gonia unter der Angabe, er sei Gutbesitzer in Nimpsch, sich von verschiedenen Kaufleuten allerlei Sachen, so u. a. gelbene Uhren und ein Fahrrad übermitteln lassen, ohne Zahlung dafür zu leisten. — Auf dem Hermannschachte in Waldenburg verunglückte zu Tode der 18 jährige Schlepper Pechmann. Er geriet in der Grube zwischen wandernde Kohlenwagen und erlitt beim Zusammenstoß einen Schädelbruch, sodass der Tod sofort eintrat. — Die Stadterordnetenversammlung in Kattowitz hat dem Magistratsantrag zugestimmt, auf dem Platz des alten, abzutragenden Rathhauses ein Theater für 500,000 Mark nach den Entwürfen des Regierungsbaumeisters Moris aus Köln zu errichten. Der Staat gewährt eine Baubehilfe von 160,000 Mark. Private haben 40,000 M. gezeichnet. — Der Maurer Anton Stofz zu Koischütz, der mit seiner Frau in Unzufriedenheit lebt, hat sich einen Schnitt in die Gurgel beigebracht. Der Schwereverletzte wurde noch lebend in das Knappschaffslazarett zu Kattowitz eingeliefert. — Verhaftet wurde in Bromberg die unverschämte Wilhelmine Graczyk aus Schiefenau, da gegen sie der Verdacht vorliegt, ihr außerordentlich gehorches Kind ausgelegt zu haben, wo das kleine bald darauf, wie mitgeteilt, verstorben ist. — In Waldau, Kreis Bunzlau, ist abermals ein Kind verbrannt. Das fünfjährige Töchterchen des Säners und Müllers Mummert selbst machte sich in einem unbewachten Augenblick in der Küche an der Kesselheizung zu schaffen; die Mutter fand es bei ihrem Eintritt lichterloh brennend vor. Trotz sofort herbeigeholter ärztlicher Hilfe hatten die schmerzlichen Brandwunden an Gesicht und Körper bald den Tod des Kindes zur Folge.

## Neueste Nachrichten.

### Miflungen!

Gegen den Generalgouverneur von Petersburg, General Trepow, ist Donnerstag Nachmittag auf einer der belebtesten Straßen von St. Petersburg ein Revolver-Attentat verübt worden, welches jedoch miflungen ist. Ein als Dienstmann gekleideter junger Mann hat danach an der Ecke der Morskaja und der Pulkowskaja Nachmittags 3 Uhr auf den in seiner Equipage vorbeifahrenden General Trepow zwei Revolvergeschosse abgegeben, die jedoch beide ihr Ziel verfehlten. Der junge Mann wurde von drei Geheimpolizisten festgenommen. Er hatte sich erst vor drei Tagen bei der Genossenschaft der Dienstmänner einschreiben lassen und sich gerade den Platz an der erwähnten Stelle geben lassen, der bis jetzt nicht belegt war. Der Platz befindet sich in der Nähe der Wohnung Trepows. Außerdem wurden noch zwei Personen in der Nähe des Winterpalastes verhaftet, von denen man annimmt, daß sie im Falle des Miflungens des Attentats an der großen Morskaja den Generalgouverneur vor dem Winterpalast erwarten wollten. Ferner wurde noch ein Mann in der Nähe der Wohnung des Ministers Putygin verhaftet.

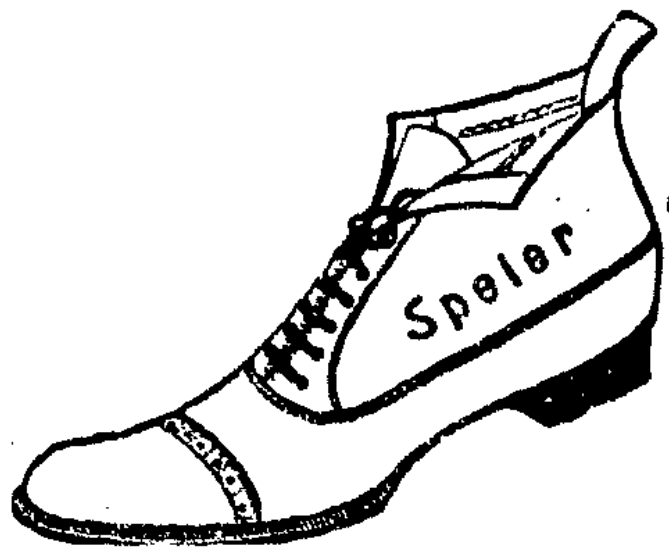
### Die Genickstarre im Landtage.

Bezüglich der Genickstarre in Oberschlesien hat der Reichtrumsabgeordnete Justizrat Fallin eine Interpellation im Landtage eingebracht: Was die Regierung angesichts dieser Epidemie in Oberschlesien zu tun gedenke.

### Meteorologische Beobachtungen der Königlich-Universität-Sternwarte.

| 30. u. 31. März      | Nachm. 2 Uhr | Abends 9 Uhr | Morg. 7 Uhr |
|----------------------|--------------|--------------|-------------|
| Rufdruck (C.)        | + 14,5       | + 10,5       | + 12,6      |
| Rufdruck bei 0° (mm) | 749,3        | 747,3        | 743,2       |
| Dunstdruck (mm)      | 5,5          | 7,6          | 7,6         |
| Dunstfällung (pSt.)  | 45           | 80           | 67          |
| Wind (N-12)          | SW 5         | E 3          | SW 1        |
| Wetter               | bezogen.     | heiter.      | bedeckt     |





# Zur Eröffnung

Im Neubau der „Goldenen Krone“  
Ohlauerstrasse 87, Ecke Ring.

„Das Gute bricht sich immer Bahn!“

Unsere stete Aufgabe ist es, unseren Kunden für ihr Geld nur gute, dauerhafte und passende Schuhe und Stiefel zu liefern. In diesem Sinne eröffnen wir unseren neuen Laden im Neubau der „Goldenen Krone“ und wird es auch in diesem Lokale unser eifrigstes Bestreben sein, nachstehenden Grundsätzen Geltung zu verschaffen.

1. Soviel Schuhe und Stiefel als irgend möglich zu verkaufen.
2. Nur solide und dauerhafte Waren zu führen, wohl wissend, dass damit dem Publikum am besten gedient ist.
3. In allen Sorten von Schuhwaren eine wirkliche Auswahl zu bieten und Schuhe für jeden Stand, Zweck und Beruf zu führen. (Wir bitten auf unsere Auslagen in namentlich 3 Schaufenstern zu achten.)
4. Nur gut passende Schuhe und Stiefel zu verkaufen.

5. Garantie für Haltbarkeit zu leisten, damit jedermann mit volstem Vertrauen seine Einkäufe machen kann.
6. Alle Waren nur gegen bar zu verkaufen, wodurch Vorteile erzielt werden, die stets unseren Kunden zu gute kommen.
7. Unsere Waren nur zu festen Preisen abzugeben und diese auf jedem Artikel deutlich in Ziffern zu verzeichnen.
8. Ungetragene Paare ohne weiteres auf Wunsch zurückzunehmen.

Auf diese soliden Geschäftsprinzipien uns stützend, hoffen wir auch an dieser neuen Stelle eine freundliche Aufnahme beim Publikum zu finden.

670

Inhaber: Bernhard Speier

## Speier's Schuhwarenhaus, Ohlauer-Strasse 87, Ecke Ring.

Hüte u. Mützen  
neueste Moden  
für Damen, Herren u. Knaben  
am billigst bei  
**F. Paul, Wilhelmstr. 9.**

Eine Hand voll Geld  
haben Sie sparen, wenn Sie  
Ihren Einkauf in Herren- und  
Knaben-Garderoben beim  
Selbst-Konfektionär  
**Eugen Hamburger**  
Bohrauerstr. 25  
Ecke Nachodstrasse.  
3 Minuten vom Hauptbahnhof  
befolgen.  
Großes Lager in Herren-  
Anzügen, Konfirmanden- und  
Kinder-Anzügen. Spezialität:  
Anfertigung nach Maß. Herren-  
Anzüge 18 Mk. an bis 50 Mk. u. über.

### Zigarren!

Bei Bedarf des Bedarfs von Zigarren und Zigaretten  
erwünsche ich Freunde und Parteigenossen mein Zigarren-Spezial-  
geschäft zu berücksichtigen.

**Oskar Hoffmann,** 681  
Käselohle Nr. 3, 2. Haus von der Ohlauerstraße.

Genossen! Gewerkschaftler!  
**Breslauer Schuhmacher-Genossenschaft**

**Schuhwaren-Lager**  
für Herren, Damen und Kinder.  
**Reparatur-Werkstatt**

Auf Wunsch werden Reparaturen abgeholt und zugestellt.  
Büttnerstraße 7. — Friedrich-Wilhelmstraße 93.  
Scheitnigerstraße 22.

Der Vorstand.  
Paul Chater. Paul Lange.

### Maurer, Zimmerleute, Arbeiter!

Empfehle vorzügliche Arbeiterkonfektion, als:  
engl. Lederhosen, Zeughosen, Maiferhosen und  
Maurerblusen, sowie sämtliche Berufskleidung.

**Eugen Hamburger**

501 Bohrauerstraße 25, Ecke Nachodstraße.  
Fahrlosten der Elektrischen Straßenbahn oder Omnibus  
werden zurück erstattet.

Billiger als überall!  
Schränke, Vertikows, Spiegel,  
Dressen, Chaiselongues,  
Kordlofas und Garnituren,  
eintrag u. organische Stoffen  
mit Matrasen, Büchemöbel,  
Stühle, Regalatoren etc.  
Preis, auch auf Teilzahlung  
sehr billig.

**H. Gerstei,**

Nur! Oderstraße 22. Nur!

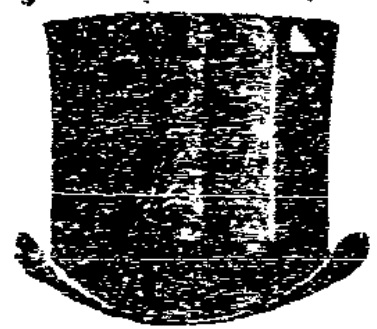
### Viola

Defflatess-  
Margarine  
D. R. P.  
No. 99470.

### Butter

### Hut-Hanke

Friedrich-Wilhelmstraße 23



erhält Hüte, nur aus rechte  
Qualität für Herren und Knaben.  
Mützen, Stöcke, Schirme  
zu billigsten Preisen.

Achtung! Genossen!

Die Buchhandlung der „Volkswacht“ führt

### Schulbücher

und Melzerhefte und eruchen wir die Genossen, den  
Bedarf an solchen bei uns zu decken.

Bestellungen  
nehmen auch unsere Kolporteurs entgegen.

### Uhren

empfehle zu folgenden enorm billigen Preisen:

|   |          |
|---|----------|
| Schlüssel-Herren-Uhren                      | 3,00 Mk. |
| Remontoir-                                  | 5,00 "   |
| Silber-Remontoir-Herren- und<br>Damen-Uhren | 6,00 "   |
| Gold. Remont.-Damen-Uhren                   | 12,00 "  |
| Goldene Herren-Uhren                        | 27,00 "  |
| Huber-Regulatoren                           | 7,50 "   |
| Wecker- und Wand-Uhren                      | 1,70 "   |

Goldene Proben, Ohrringe u. s. w. in großer Auswahl.  
Reparaturen billigst. — Reparaturen billigst

**Max Frenzel, Uhrmacher,**

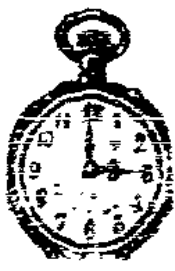
Friedrich-Wilhelmstraße 39. 414

Traugott Friedrich  
55 Friedrich-Wilhelmstr. 55  
empfiehlt allen Bekannten und  
Freunden seine Papier- und  
Schreibwaren-Handlung  
sowie Zigarren und Zigaretten  
in reicher Auswahl.  
Sehrer Kommit.  
Papier-Wäsche von May & Collid  
Gedönet von früh 6 Uhr an.

### Proletarier

vermehrt auch zum Einkauf beim  
**Schwarzen Dreier,**  
Zigarren und Zigaretten,  
nur Wallstraße 21.  
Gedönet von früh 6 Uhr an.

### Zur Konfirmation



Uhren, Ketten, Ringe,  
Broschen, Kreuze etc.

unter mehrjähriger Garantie in  
größter Auswahl zu billigsten Preisen.

### Albert Möwius

Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus  
Kupferschmiedestr., Eckhaus Schmiedebrücke 56.

= Spezial-Werkstatt für Reparaturen =

Gute Preise-Kartoffeln  
5 Liter 33 Pf. 651  
Rennmarkt 22, Hof rechts.

### Weil-

Fahrräder haben sich durch  
jabrelange Wechen am besten  
bewährt



3we.  
Jahre  
Garant.

Im Gebrauch unverwundlich!  
Das beliebteste Rad am Platz!  
Jetzt sehr billige Preise!  
Größte Auswahl!

ferner empfehle:  
**Elite-Räder 65,00**  
von 11.  
an mit Latexen, Bloße,  
1 Jahr Garantie.

Reparaturen, Zubehörteile,  
Reparaturen können billig.  
Katalog gratis und franko.

**Max Jul. Hoffmann**

Blücherstr. 14, Sehmhamm.  
Telef. Teschenstraße 16,  
Nebenbahn über 24

## Ermässigte Preise!

Für Ostern zum Schulanfang für Ihre Kinder  
**Büchertaschen und Bücherträger**

= dauerhafte, gediegene Arbeit zu billigsten Preisen =

in allen Preislagen, schwarze und braune Ledertornister

|   |                            |
|---|----------------------------|
| Schreibhefte mit gutem Papier<br>in allen Formaten, | 12 Stück 58 Pf.            |
| starke Varianten                                    | Stück 17 u. 22 Pf.         |
| 100 Schreibheften                                   | 21 Pf.                     |
| 12 Stück Bleistiftlöcher                            | 42 Pf.                     |
| 12 Stück H. B. Federbleistift                       | 52 Pf.                     |
| Federlöcher   | Stück 10, 15, 20 u. 25 Pf. |
| 12 Stück Federhalter                                | 25, 30 u. 40 Pf.           |
| 100 starke Schreibheftlöcherblätter                 | 21 Pf.                     |
| 100 Bogen blau gestricheltes Papier                 | 40 Pf.                     |
| 100 Riesenschiefer-Griffel                          | 52 Pf.                     |
| 1 Schachtel ca. 100 gemischte Federn                | 35 Pf.                     |
| 3 Radiergummi                                       | 10, 15 u. 20 Pf.           |
| 12 Stück Notizbücher                                | 35 Pf.                     |

Zuschlüssen, Reizeuge in großer Auswahl enorm billig! 555

Alle diese billigen Preise nur diese Woche!

**D. Guttman,** Papierhandlung

Breslau I, Herrenstrasse 24, gegenüber der Elisabethkirche.



Die Bergarbeiter und das „Schub“-Gesetz.

Berlin, 29. März 1905.

Nachmittagsitzung.

Es wird beschlossen, die Diskussion über die „Arbeiterauschüsse“ mit der Diskussion über die „Grubenkontrolle“ zu verbinden und deshalb zunächst das Referat über die „Grubenkontrolle“ entgegenzunehmen.

Der Referent

Karl Kühne-Essen

Begleitet folgende Resolution:

„Der Delegiertentag hält eine Mitkontrolle der Gruben aus den Reihen der aktiven Bergleute, welche in direkter geheimer Wahl oder durch die Arbeiterauschüsse gewählt werden, für bringend. Die notwendigen Kosten übernimmt die Staatskasse. Der Delegiertentag erblickt in dieser Einführung eine Institution, wodurch die vielen Unfälle vermindert würden.“

Der Delegiertentag sieht auch in der Mitkontrolle der Gruben eine Erfüllung einer langjährigen berechtigten Forderung und wünscht dringend, daß die königliche Staatsregierung und der Landtag dieser Forderung in der Weingarten-Resolution gefälligen Eingang verschaffen möge.“

Zur Begründung führte der Referent aus:

Überall stellen die Grubenbesitzer sich der Forderung der Arbeiter nach freigeübten Arbeiterinspektoren energisch entgegen. Der wahre Grund dafür ist die Furcht, daß durch diese Inspektoren mehr Licht über den Massenmord von kleinen und großen Unfällen verbreitet werden könnte, die in den Gruben herrschen. Wenn das Gewissen der Grubenbarone wirklich so rein wäre, wie die Untersuchungskommissionen es zu waschen suchen, so brauchen sie sich doch nicht mit Sämen und Köhnen gegen diese Einrichtung zu sträuben. Aber in Preußen hat sich die Unfallziffer in den letzten 18 Jahren verdoppelt und beträgt jetzt 37,600. Wenn man sagt, die Produktionsverhältnisse seien in den Ländern mit niedriger Unfallziffer günstiger, so läßt man doch nicht auf, wie im Ausland die Unfallziffern von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fallen, ebenso regelmäßig wie sie im Inlande steigen. Die Arbeiter kennen eine Reihe praktischer Ursachen, die in Deutschland die Zahl der Unfälle steigern. Zunächst die herrschende Produktionsweise. Die Steiger erhalten für jede Verbilligung und Vermehrung der Soll-Produktion eine Prämie. Das veranlaßt sie zu unaufrichtigen Anstrengen und heimlichem Kohlenklauen, durch das die Arbeiter, die doch leben müssen, gezwungen werden, die gebotene Vorsicht außer acht zu lassen. Weiterhin machen die Beamten an den Reparaturstellen, natürlich wieder im Interesse ihres Geldbeutels. Hauptächlich dadurch wird die Zahl der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall verursacht. Auch die ungenügende Bewetterung verschuldet immer noch Unfälle, wenn auch zugunsten ist, daß die Unfälle infolge schlechterer Wetter zurückgegangen sind. Sie alle wissen, in welchem Umfange ungelehrte Arbeiter in das Ruhrrevier hineingezogen worden sind. Die Vorschriften über die Verzeir der Bergarbeiter, die jetzt nirgends imgehalten werden, bedürfen einer einheitlichen Regelung für ganz Preußen. Dadurch könnte mancher Unfall vermieden, manches Menschenleben gerettet werden. Vor allem aber ist bei den vielen Gefahren des Bergbaues, die ich Ihnen kurz skizziert habe, die Heranziehung der Arbeiter zur Grubenkontrolle notwendig, dann würde mancher Betriebspunkt wohl gestundet werden, in dem jetzt schlagende Wetter angeleuchtet werden. Auf den staatlichen Gruben im Saarrevier und in Sachsen ist die Mitkontrolle der Arbeiter längst eingeführt. Verlangen wir auch ihre Aufnahme in den jetzigen Entwurf der preussischen Regierung. Glückauf! (Glückauf!)

In die Referate schließt sich eine ausgedehnte Diskussion.

Höfner-Saarrevier (Christl.): Im Saarrevier haben wir seit 1890 Arbeiter-Auschüsse, aber ihre Tätigkeit wird durch untergeordnete Regierungsorgane sehr beeinträchtigt. Redner verliest einige Eingaben von den Vertrauensmännern der Grube Detweiler an die Regierung, in denen über eine Reihe von Missetäten „alleruntertänigst“ Beschwerde geführt wird, ohne daß immer Abhilfe eingetreten wäre. Gestlagt wird darin über Holzsmangel, unanständigen Lohn, hohe Strafen und schlechte Behandlung. Redner verlangt, daß den Vertrauensmännern durch Gesetz Redefreiheit in der Ausübung ihres Berufs gegeben werde, als wenn sie Reichstagsabgeordnete wären.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine Südpol-Expedition Ranfens. Frithjof Ranfen wickelt in London und befragt mit einer besonderen Kommission der „Royal Geographical Society“ verschiedene wissenschaftliche Angelegenheiten. Es ist möglich, daß für später eine Expedition nach dem Südpol unter Ranfens Leitung in Aussicht genommen wird. Vorläufig aber wird er den Spuren des „Discovery“ (Entdeckung) noch nicht folgen, da er für die nächsten drei Jahre noch beschäftigt ist.

Ein Mädel der drahtlosen Telegraphie. Ein Newyorker wird berichtet: Ein merkwürdiges Schicksal hatte ein drahtloses Telegramm, das unlängst vom Dampfer „Bermudian“ abgefandt wurde, als er sich auf hoher See, 380 Seemeilen von Newyork entfernt, befand. Es war an die Leanten des Schiffes in Newyork gerichtet und aufgegeben worden, obwohl der Telegraphist erklärt hatte, es könne unmöglich an seinem Bestimmungsort ankommen. Es kam aber doch an, zwar nicht in Newyork, wohl aber in Cleveland, Ohio, wo jedes eingige Zeichen deutlich aufgezogen wurde. Die D. elche wurde dann mit der Post nach Newyork weitergeschickt. Die Sachverständigen stehen vor einem Rätsel, denn die Depesche hat so einen Weg von 900 englischen Meilen zurückgelegt.

Aus aller Welt.

Die „gesicherte Existenz“ des Arbeiters. Der 64 Jahre alte Hausdiener Ernst Kahl in Berlin war 33 Jahre lang bei einer großen Firma beschäftigt. Vor sechs Wochen wurde er entlassen, weil er sich in der Trunkenheit gegen einen Vorgesetzten ungebührlich benommen hatte. Der betagte Mann zeigte seitdem Spuren von Schwermut. Am Sonntag Abend ging er von Hause weg, ohne ein Ziel anzugeben. Vergebens warteten seine Angehörigen, die geglaubt hatten, daß er nur einen Augenblick an die feldsche Lust gehen wollte, auf seine Rückkehr. Am nächsten Morgen landete man an der Bellealliancebrücke seine Leiche aus dem Landwehrkanal.

Zu 14 Tagen Strafbewußt verurteilt das Kriegsgericht in Leipzig den Leutnant Graf Bismarck v. Saldit, einen Neffen des kommandierenden Generals gleichen Namens in Leipzig, wegen vorchriftswidriger Behandlung und Verleumdung eines Untergebenen. Der Herr Leutnant hatte einen Soldaten seines Regiments, der sich beim Turnen etwas ungeschickt anstellte, so an der Brust gepackt, daß dieser vom Querbaum hermiterfiel und einen Arm brach. In der Verhandlung selbst wurde der Vorgang so dargestellt, als ob der Soldat durch Zufall herabgefallen sei. Zugewiesen hat der Leutnant nur, daß er ihn mit den Worten: „Wißt Du wohl herunter verfallen?“ angeschaut habe. Ein gesundheitlicher Rachteil bleibt für den Soldaten nicht zurück, der Umbruch ist so weit erreicht,

Tholl-Neurode (Verband): In meinem Bezirk haben wir 15 Wochen lang um einen Sauerlohn von 2.60 Mk. streiten müssen. Man suchte die Arbeiter-Auschüsse zu bewegen, ihrerseits die Arbeit anzunehmen, um so den Streik zu beenden. Als sie sich weigerten, wurde ihre Kompetenz nicht mehr anerkannt. Auf der benachbarten Wengelsaue wurde der Arbeiter-Auschuß gemäßregelt, weil er Beschwerden erhoben und die Verwendung von Geldern aus Arbeiterklassen, der sog. Pfennigklasse, zu Bergleuten nicht dulden wollte. Die obligatorische Einrichtung der Arbeiter-Auschüsse, wie sie die Regierung plant, wäre ja sehr schön, aber ich glaube, bei uns wird dann obligatorisch gemäßregelt werden. (Sehr richtig!) Solange nicht die Maßregelung verboten ist, sind die obligatorischen Arbeiter-Auschüsse ein Messer ohne Griff und Klinge. (Bravo!)

Zwibusch-Oberhausen (Christl.) tritt für die Verleihung des Mitbestimmungsrechts bei der Gebirgsfestlegung an die Arbeiter-Auschüsse ein. Um die Notwendigkeit der Grubenkontrolle durch Arbeiterkontrollen zu beweisen, teilt Redner aus seiner Praxis eine Reihe krasser Fälle von Übertretung der berrpölitischen Vorschriften mit. Die Unternehmer sollten doch eigentlich die Anstellung von Arbeiterkontrollen wünschen. Ist nach ihrer Angabe alles in Ordnung, könnten die Arbeiterkontrollen es ja nur bestätigen. Aber die Herren scheinen doch ein schlechtes Gewissen zu haben. (Beifall.)

Wagner-Essen (Verband): Wenn die Unternehmer gegen die minimalen Fortschritte der Novelle Sturm laufen, so ist das ein Beweis dafür, daß es mit der von manchen Leuten geträumten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ganz Wege hat. Wollte man uns doch als Auszubildende anerkennen. Die Unternehmer sehen ihren „Herrn im Hause“ Standpunkt durch die Arbeiter-Auschüsse beeinträchtigt. Notwendig ist es, die Arbeiter-Auschüsse bei der Veränderung des Gebirges zu hören. Jetzt dürfen sie die Beamten ohne weiteres ändern, wenn die Verhältnisse sich ändern. Das ist eine feste Quelle der Ungleichheit. Redner tritt für Arbeiterkontrollen ein. Die jetzigen Einfahrer beweisen, daß zwischen Theorie und Praxis ein großer Unterschied besteht. Die Einfahrer fehlt die praktische Ausbildung, um die Verhältnisse richtig beurteilen zu können. Kommen sie, so wird alles in Ordnung gebracht. Diese Aufklärungsarbeit bewirkt nun natürlich einen Lohnanstieg, der wieder eingeholt werden muß. Dadurch wird die Gefahr für den Bergarbeiter erhöht. Die Unfallziffern beweisen, daß sich die Unfälle trotz der Einfahrer in den letzten Jahren bedeutend vermehrt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Toback-Dierfeld (Christl.): Es wäre schon besser, wenn die Untersuchungskommissionen zu Hause geblieben und Kartoffeln geschält hätten. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Als Vertrauensmann der Beche „Friedrichs Nachbar“ wurde ich vor dem Geheimen Oberbergamt Peppinghaus geladen, um die Beschwerden der Arbeiter vorzutragen. Als ich aber reden wollte, meinte er, es ist jetzt 12 Uhr, wir wollen Mittagessen. (Große Heiterkeit.) Ich meinte zu dem Herrn: Dann hätten Sie auch dort bleiben können, wo Sie gewesen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Ich wandte mich beschwerend an die Siebener-Kommission und diese veranlaßte, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen und wir gehört wurden. Zum Schluß sollten die Arbeiter, die armen Lämmer (Heiterkeit) ein Protokoll unterschreiben, in dem wohl die Ausführungen der Regierungsvertreter und Grubenbesitzer enthalten waren, aber nicht die Ausführungen der Arbeiter. Ich habe meine Unterschrift verweigert (Bravo!) und die Herren sind ohne Unterschrift nach Hause gegangen. Sind die Arbeiterauschüsse anerkannt, dann sind die Herren gezwungen, sie anzuhören.

Bruno-Herne (Verband): Auch nach dem Fernerevier ist eine Regierungskommission gekommen, um dort die Missetäten aufzudecken. Die von den Arbeitern gewählten Kommissionsmitglieder sind aber sofort aufs Pflaster gefeiert worden. (Lebhafte Bewegung.) Seit 5 Jahren arbeite ich mit drei Schützen auf der Grube Friedrich der Große. Meine Söhne sind sofort entlassen worden und mir ist die Entlassung angegedroht. Dabei hat sich das Fernerevier im Streik mühsam gehalten, obwohl wir 1/2 Polen hatten. Wenn es wieder zum Streit kommt, können wir keine Verantwortung übernehmen.

Walter-Gelsenkirchen (Christl.) verweist auf den erheblichen Einfluß der Arbeiterauschüsse auf die Arbeiter. Sind sie obligatorisch, dann würde eine ganze Reihe von Prozessen vermieden werden. Auch der starke Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit würde durch die Arbeiterauschüsse gemildert werden. Man könnte von Mensch zu Mensch seine Ansicht äußern und für Abhilfe sorgen. Daß die Arbeiter für den Lohn der Grubenkontrollen aufkommen sollen, halte ich für verkehrt. Sie müssen vom Staat bezahlt werden.

Abamek-Oberschlesien (Verband) bezeichnet die Verhältnisse in Oberschlesien als besonders schlecht.

Welfen-Dortrop (Christl.): Wir sind mit hundert von Schwerefahrern zur Kommission marschiert und haben dafür gefordert, daß wir gehört würden. Die Kommission hat in ihrem Protokoll dann auch eine große Reihe von Missetäten aufgenommen. Dann aber haben sich die Herren zu helfen gewußt. Bei der Feststellung von Missetäten auf der feststehenden Grube Rheinbaben hat man die Arbeiterkommissionsmitglieder erst am späten Abend unmittelbar vor der Sitzung benachrichtigt, sobald sie sich keine Zeugen mehr verschaffen konnten. (Hört! hört!)

Zu den beiden Resolutionen über die Arbeiterauschüsse und Grubenkontrolle sind eine große Anzahl Änderungsanträge eingegangen, die der Redaktionskommission überwiegen werden.

Jaeger-Anden (Verband) beklagt sich darüber, daß vor dem Ministerialkommissionen Komittee gespielt und den Beherren die Entschuldigungsgründe graben in den Mund gelegt worden seien.

Vorsitzender Herr schlägt vor, daß noch 19 Redner gemeldet sind (Zuruf: Den Missetäten sollte man der Ministerialkommission melden! Heiterkeit.), nur noch Redner aus der westlichen Rante des Ruhrreviers, wo die Pirsch-Dunderschen stark vertreten sind, aus dem Sauerland, dem Siegerland, aus Schlesien und aus dem Westen zu hören. Würde man aber drei Tage hier bleiben, dann würden einige Delegierte ihren Urlaub überschreiten müssen und liefern Gefahr, auf Pfaffen zu liegen. (Zustimmung.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, vor jedem Redebeitrage noch einen Redner sprechen zu lassen.

Kroft-Oberschlesien (Gegenseitige Hilfe): Als ich die Klagen aus dem Ruhrrevier hörte, dachte ich, wenn das am grünen Holz passiert, was soll man da vom bürren melden, was aus Oberschlesien, wo die Arbeiter so wenig organisiert sind. Auf unseren feststehenden Gruben haben wir seit 1899 Arbeiterauschüsse; aber diese stehen bloß auf dem Papier. Die Kandidaten werden den Delegierten vor dem Beherrenverwalter selber vorgeschlagen und müssen wohl oder übel gewählt werden. Wirklichen Veränderungen im Leben der Belegschaften wird, wenn sie ein freies Wort wagen, der Stuhl vor die Tür gesetzt. Dagegen erfüllen die Arbeiterauschüsse in den Freibräuden, wo sie bestehen, ihren Zweck. Was die Grubenkontrolle angeht, so werden den Einfahrern die wirklichen Mängel überhaupt nicht gezeigt. Verlangt ein Arbeiter die Erhöhung seines Gehirges, so wird er „polnisches Schwein“ geschimpft.

Ritche-Rabrze (Pirsch-Dunder): Ich wurde nach zehnjähriger Tätigkeit auf l. Königl. Aufgrube zwar für „trotzdem“ mit der Jubiläumsschleife versehen, wurde aber bald darauf entlassen, weil ich mich als Vertrauensmann der Arbeiter dem Beamten „sehr unangenehm“ gemacht hätte. Redner sucht nachzuweisen, daß das letzte große Brand- und Wasserunglück auf einer ober-schlesischen Grube zum großen Teil durch die Schuld von Behörden entstanden sei.

Braemer-St. Johann: Wir im Saar-Revier haben die Arbeiter-Auschüsse schon seit 15 Jahren. Ich will aber durchaus nicht sagen, daß wir in Saarabien an der Spitze marschieren. Das beliebteste Mittel um unbehagene Vertrauensmänner aus den Gruben-Auschüssen zu entfernen, ist ihre Verlegung auf eine andere Grube. Die Vertrauensmänner dürfen sich auch nur gutschicklich äußern. Seit dem 1. Januar 1903 wird der Gruben-Auschuß auch die Grubenkontrolle. Aber diese Arbeiterkontrollen sind zu Anordnungen nicht berechtigt. Missetäten, die sie vorfinden, sollen sie beim Obersteiger ins Jahrbuch eintragen. Als aber ein Kontrollierer ein-schreiben wollte: Auf der Strecke werden die Sicherheitsvorschriften außer acht gelassen, es ist notwendig, sie öfter zu kontrollieren und zwar in Abwesenheit des Abteilungsleiters — tief ihm der Obersteiger zu: „Lassen Sie den Linn! (Hört, hört!) Wir brauchen niemand, der uns Vorschriften macht oder Kritik übt“. (Hört, hört!) Kein Wunder, wenn in den Jahrbüchern des Saar-Reviers „alles in Ordnung“ gefunden wird. Sorgen Sie dafür, daß die obligatorischen Arbeiterauschüsse nicht nach der saarabischen Schablone ausfallen. (Leb. Beifall.)

Säges-St. Johann (Christl.) bestätigt die Angaben des Vorredners. Im Saarrevier ist die Grubenkontrolle ganz illusorisch. Redner verlangt, daß die Kontrolle auch auf die Tagesanlagen ausgedehnt werde. Jetzt werde der Bergat, der die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter kontrollieren wolle, hinter Licht geführt.

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über die beiden Resolutionen soll morgen er-

bei näherem Nachforschen entdeckt man, daß aus dem Zimmer, in dem die Leiche lag, Rauch hervordrang. Als die Mutter des Verstorbenen die Tür des Zimmers öffnete, bot sich ihr ein schauriges Bild: der offene Sarg brannte lichterloh! Die Leiche war bereits fast von den Flammen mitgenommen. War schon die Entdeckung des Brandes ein Rätsel, da seit dem Abend niemand das Zimmer betreten hatte, so erklaute man noch mehr, als man Morgens auf einem in der Nachbarschaft auf dem Poie stehenden Wagen mehrere aus derselben Wohnung stammende Bücher fand, darunter auch ein Gebetbuch, das in Sarg unter dem Kopf der Leiche gelegen hatte. Die Polizei stellt Ermittlungen über den Vorgang an.

Der Herr Pfarrer und die Hebamme. Im Großherzogtum haben die Frauen von jeher das Wahlrecht, und zwar allgemeinen, gleiches und direktes Wahlrecht, wenn eine Hebamme bestellt werden soll. In der Regel machen auch alle „Interessenten“ von ihrem Wahlrecht Gebrauch, und Wahlenthaltung ist so selten, daß die Frauen in dieser Hinsicht den Männern als Muster vorgehalten werden können. Aber auch in anderer Beziehung dürfen die Herren der Schöpfung von den Frauen etwas lernen; diese lassen sich nämlich nicht einmal vom Herrn Pfarrer, dem so viele Schäflein in Hofen den Willen tun, beeinflussen. Das hat die neulich stattgehabte Hebammenwahl in der Gemeinde Malsch (Amt Rastatt) gezeigt. Der Ortspfarrer Dordach, ein gar streibbarer Gottesmann, hatte seine erfolgreiche Arbeit bei Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen so lieb gewonnen, daß er auch in der Wahlbewegung für die Gemeindehebamme eine „heberhafte Tätigkeit“ entwickelte. Durch Wort und Schrift suchte er für seine Kandidatin Stimmung zu machen und verdamnte es auch nicht, nach allen Regeln der Kunst die Gegenkandidatinnen mißliebig zu machen. Das heißt, das war sein Zweck. Aber er erreichte ihn nicht. Die Frauen von Malsch sagten sich: „Was geht denn dem Pfarrer, dem die Kirche das Bößheit auferlegt, unsere Hebamme an? Er braucht sie nicht, seine Köchin hoffentlich auch nicht, aber wir!“ Und sie schritten zur Urne und wählten mit riesiger Majorität die Frau eines Sozialdemokraten als Gemeindehebamme. Die Kandidatin des Pfarrers fiel glänzend durch. Um nun den Dumm der Sache richtig zu würdigen, muß man wissen, daß in Malsch der Pfarrer bei anderen Wahlen stets mit größtem Erfolg für seine, d. h. die ultramontanen Kandidaten gewirkt hat und immer ein große Zahl der stimmberchtigsten Männer am Gängelbande führte. Nun haben ihm die Frauen bei der einzigen Wahl, die sie vollziehen, einen jämmerlichen Denzettel verabsfolgt. Hoffentlich wirkt das Beispiel der Frauen auf die Männer, damit diese sich „er man n“ und in Zukunft ebensoviel Unabhängigkeit und ge-fundener Sinn zeigen, wie ihre Gattinnen. Beiläufig — die Ausrede schwacher Köpfe, daß der im Verzicht auf die weiblichen Frau zutriebe, der Mann der Parole des Pfarrers folgen müsse, wird durch diese Wahl in drastischer Weise zu nichte gemacht.

Der Selbstmord eines Mannesbrant. Das junge Mädchen, das am Sonntag Morgen am Ruinenberge bei Potsdam tot aufgefunden wurde, wurde festgestellt als die in Groß-Pöferteide wohnende Meta Teuber, die Kontoristin in einem Dräcker-Geschäft war. Sie kamte aus Düsseldorf, woselbst ihre Eltern verstorben sind, und unterhielt seit Jahren mit einem jetzt im dritten Jahre dienenden Manen in Potsdam ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war. Am Freitag Abend war Meta Teuber nach Weendagen ihrer Tätigkeit nach Potsdam gefahren, erlebte aber dort die Enttäuschung, daß ihr Geliebter, der seinen Geburtstag hatte, sie nicht von der Bahn abholte. Da er sich schon seit einiger Zeit sehr leicht gezeigt hatte, ahnte sie nichts Gutes und begab sich sehr erregt zur Kaserne, wo sie sich ihren Geliebten herausuchen ließ. Beide blieben hierauf mehrere Stunden zusammen, wobei Meta Teuber sehr niedergeschlagen war, da sie ihres Fehlritts wegen in großer Sorge war. Um 11 Uhr 40 Minuten kehrte der Man in die Kaserne zurück, und gleich nach 12 Uhr erlegte in der Nähe der Kaserne die Meta Teuber einen mitgebrachten Revolver gegen ihre Schläfe und schoß sich eine Kugel durch den Kopf, die sie sofort tötete. Erst viele Stunden später wurde die Leiche des 21-jährigen Mädchens aufgefunden und ein Posten bei ihr aufgestellt, bis Mittags die gerichtliche Leichenschau stattgefunden hatte. In der Hand der Leiche fand man, wie bereits gemeldet, das Bildnis des Manen. Auf dem Vornfleider Friedhof wurde die unglückliche zur letzten Ruhe beigesetzt.

Schweres Eisenbahnunglück. Ein Passagierzug der Linie Paris-Sceaux entgleiste. Mehrere Wagen gingen Feuer, es heißt, daß mehrere Personen tot und verwundet sind. — Die Entgleisung des Passagierzuges der Linie Paris-Sceaux fand, wie eine weitere Meldung besagt, in der Nähe von Arcueil statt. Zwei Lokomotivführer und ein Passagier sind getötet, sechs Personen sind verletzt. Unter den Opfern befindet sich kein Ausländer.

Eine Leiche im Sarge verbrannt. Ein rätselhaftes Ver-tommnis trug sich nachts in einem Hause zu Hannover zu. Der 17-jährige Sohn einer dort wohnenden Witwe war gestorben und wurde in der Wohnstube aufgebahrt. Mittens in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr wurde von Hausenossen Brandgeruch bemerkt, und



folgen. Morgen wird man sich auch schlüssig darüber werden, wo die Konferenz noch um einen Tag verlängert werden soll.

Den heutigen Verhandlungen wohnte auch Reichstagsabgeordneter Sartorius (Frei. Sp.) zeitweise als Gast bei. Im Auftrage des Regierungspräsidenten von Arnberg war der Abg. Volksgenosse Bernhardt aus Bochum anwesend.

### 2. Verhandlungstag, Vormittagssitzung.

Um die Verhandlungen abzukürzen, wird beschlossen, zu jedem Verhandlungspunkte höchstens vier Redner vom alten Verband, drei von dem Christlichen und je einen von den Nicht-Christlichen und den politischen Organisationen zu Worte kommen zu lassen.

Zur Beschäftigung der Zeit wird die Sache des H. A. gegen die leningische Verdringung des Eisenwerks Reich (H. A.) in den Reichstag unterbreitet, das gegen Jansch's Forderung sich zuerst auch vom christlichen Gewerbetreibenden Walter gemeldet hätte, und der Ausschluss als ob man Mitglieder des Verbandes gegen Jansch gesprochen hätte. In Wahrheit seien die Verbände hier nicht so geschieden, wie Parteien im Parlament! (Bravo)

Höflich-Georgs (Christl.) stimmt dieser Forderung zu, bittet aber, andererseits auch nicht zu übersehen, dass die Rechte der Christlichen auf dem Standpunkt Jansch's stehe.

Vorliegender Offener wendet sich gegen einen Vorschlag im „Vorwärts“. Doch sei von katholischen Gewerbetreibenden gesprochen. Der „Vorwärts“ müsse aber wissen, was Redner glaubt auch, dass er es weiß, und nicht besonders darüber, dass die christlichen Gewerbetreibenden Gegner der katholischen Gewerbetreibenden sind.

Zusammenfassend bittet Vorsitzender Sachse um möglichst objektive Berücksichtigung.

Die Konferenz tritt in die Tagesordnung ein. Die Abmahnung über die gegenwärtige Resolution könne betreffend Gruppenkontrolle und Offener Arbeiterausschüsse werden auf die Nachmittagsitzung verschoben.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist das Wagenmüllern.

Der Referent Baumacher (Mittl.) der Eisenwerk-Kommission für die Nicht-Christlichen weist die Ungerechtigkeit des Wagenmüllern nach, das schädliche und unethische Verhalten einer Kammerkassierin gleichmäßig ist, soweit von einer Schuld der Bergarbeiter an der mehr oder minder hohen Güte des Bergwerks überhand die Rede sein könnte. Das Wagenmüllern beständige Unterbrechungen der Arbeit des Bergmanns, ergreift der Arbeiter an eigenen Freiheiten in der Unterbrechungskommission. Schließlich hätten die Arbeiter nicht den mindesten Grund, sich durch das Wagenmüllern etwas 6 W. vom Lohn abgeben zu lassen. Ganzes über den Umfang des Wagenmüllern sei allerdings überhaupt nicht bekannt. Schon deshalb müssten die Arbeiter Zustimmung ihres Vertrauensmannes zur Gruppenkontrolle verlangen. Das die Bergbau-Kontrollen, wie die Regierung zu berücksichtigen vorgebe, legislative Maßnahmen sein müssten, verhindern schon die Erteilung der verschiedenen Verbände im Ruhrgebiet. Aber endlich schände den Bergarbeitern noch immer jedes mit Tsch. — Redner begrüßte die Resolution, deren einzelne Bestimmungen beim englischen Vergleiche zuzunehmen sind.

Der Referent Baumacher bittet, sich durch die Schwierigkeit der Frage nicht abdrücken zu lassen, sondern der Forderung zu zeigen, wie die Arbeiter die Regelung wünsch. (Lebhafter Beifall)

Es wird beschlossen, die Debatte über das Wagenmüllern mit demselben

über das Strafwesen zu verbinden. Infolgedessen ersuchte über den letzteren Punkt zunächst der Referent

Josef Regalitz-Bochum (Voll.): Er kann einige Beispiele nachweisen, dass die Strafen im Bergbau zu zahlreich und hoch seien, dass die Verurteilung einseitig sei. Der Bergmann leide zunächst unter den Strafen, den Geldstrafen.

Auf der Sache „Kontinuität der Strafe“ seien in einem Monat 2000 W. Geldstrafen freigesprochen worden. Der Arbeiter werde nicht nur für eigene Verbrechen bestraft, sondern auch für Verbrechen der Beamten. Redner verliest einen Strafzettel, nach welchem ein Bergmann 150 W. Geld Strafe wegen unethischen Verhaltens seines Sohnes zahlen musste. (Weiterleit.) Auf Sache „Kontinuität“ seien einem Bergmann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres 4000 W. an Strafzahlungen vom Lohn abgezogen worden, für Dezember allein 18 W. Das wäre als ein Hund begnadigt worden. Wenn jemand sich nicht zu der Vergeltung eigne, so wäre es doch möglich, sich zu erlösen, statt sich dem zu belassen. So dem direkten Strafen kommen die indirekten zu. So habe ein Bergmann für 27 Strafen 6440 W. zu fordern erhalten, er habe aber nur 2100 W. erhalten. Die übrigen 4340 W. seien ihm einbehalten worden. Redner begründet folgende Resolution:

Der in Berlin tagende Bergarbeiter-Delegiertenkongress für Preußen ist der Ansicht, dass die im Bergbau gegen die Bergarbeiter angewandten Strafen zu hart sind, freies einen Grund zur Streikung bilden und bringen auf dem Wege der Gesetzgebung auf ein gerechtes Maß herabgesetzt werden müssen.

Der im laufenden Monat dem preussischen Landtage vorliegende Entwurf enthält in dem auf diese Strafen sich beziehenden Paragraphen 2 bis 4, dass es nicht den Wünschen der Bergarbeiter, insbesondere sagt der Paragraph keine geltenden Strafen der bei der Verurteilung von Strafen geübten Willkür.

Der eruchen daher die preussische Regierung und die preussischen Abgeordneten Abgeordneten des Paragraphen 203 hinter dem ersten Satz folgende Fassung zu geben:

Geldstrafen dürfen in jedem einzelnen Falle 50 Pf. nicht übersteigen, jedoch können Rücksichten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung gegen Betriebsstörungen oder zur Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes und der Bergbauordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes des betreffenden Arbeiters bestraft werden.

Nach der bei Verhängung von Strafen, die höher als eine Mark betragen, der Arbeiterausschüsse vorher zugestimmt.

Der im Laufe eines Jahres eines Bergmanns gegen einen Arbeiter verhängte Geldstrafen dürfen in ihrem Gesamtbetrag den durchschnittlichen Tagesverdienst des Bergmanns der letzten Zahlungperiode nicht übersteigen.

Das Recht des Bergmanns, Schenkungen zu fordern, wird durch diese Bestimmungen nicht berührt. Alle Strafzettel müssen vom Richter der Arbeiter des Bergwerks vorzulegen werden und stehen in die zu erreichende Unterbrechungslücke.

Die Verwaltung der Unterbrechungslücke wird mitunter vom Arbeiterausschuss oder von der an geeigneter Stelle herangezogenen Arbeiterkommission beauftragt. Wenn die Bergverwaltung keine Strafen leisten, haben sie auch in der Unterbrechungslücke kein Verwaltungsrecht; mehr als die Hälfte der Fälle dürfen die Bergverwaltung beim Richter nicht haben, selbst wenn sie keine Beiträge zahlen sollten.

Eine Unterbrechung der Eisenbahn und Ausgaben des Bergmanns dieser Sache ist ausschließlich in dem von dem Oberbergamt vorgeschriebenen Form anzufordern und diesem, nachdem sie vier Wochen durch Ausübung an üblicher ständiger Stelle zur Kenntnis der Bergbehörde gebracht ist, einzureichen.

In der Diskussion über Kraushaar-Strafe (H. Bbb.) mehrere Fälle an, in denen Bergarbeiter Strafen bis zu 20 Mark im Monat angesetzt worden sind. In einem Falle wurde die Kammerkassierin von Mann um 500 W. Strafe bestraft aus dem Grunde, weil die Anordnungen des Bergamts und des Untertageinsichters nicht eingehalten und die Arbeiter sich nach den Anordnungen des Bergamts richteten. Redner tritt für Annahme der Resolution des Referenten ein.

Freibach-Strafe (Chr.) erklärt, dass auf dem Eisenwerk im Siegerlande das Wagenmüllern nicht üblich ist. Es

werde aber auch dort aber zu geringe Berechnung der Förderung verlangt und eine einseitige Berechnung gewünscht. Redner beantragt, in der Resolution Dammacher überall hinter Kohle und Kohlenabfuhrung zu setzen „Mineralien und Mineralienabfuhrung“.

Wagener (Essen, H. B.) fordert die Beteiligung des Müllers. Während aus einigen Gruben noch wenig gemüllt werde, müsse man auf anderen Gruben besonders stark mit dem Müllern vor. Auf der Sache „Verlust“ wurden 5-7 Prozent der gesamten Förderung gemüllt, die Arbeiter, welche Beweismaterial dafür vorbringen wollten, seien von der staatlichen Untersuchungskommission nicht zugelassen worden, und so habe eine Kommission dann festgestellt, dass höchstens 2,65 Prozent der Förderung gemüllt werde. Redner führt an, dass er befragt worden sei, weil er einigen Beamten einen verächtlichen Blick zugeworfen haben sollte. (Weiterleit.)

Höflich-Georgs (Christl.) lenkt den Blick auf das Strafwesen in Lothringen. Wenn es dort einmal zum Ausbruch kommt, soll man sich nicht wundern. Der Reichsanwalt ließ doch den „Vorwärts“ ausfinden, wie es in Lothringen aussieht. Redner führt einzelne Fälle von Bestrafungen an. 55,60 W. sind einem Mann in einem Monat abgezogen worden (Hört, hört!), einem anderen für unethisches Gr. 75,90 W. (Rührung). Man will dort die Arbeiter verhandeln, eine Organisation ansprechen. Regierungsbeamte wirken mit, um den Arbeitgebern die Namen derjenigen mitzuteilen, die dem christlichen Gewerbetreibenden angehören. (Hört, hört.) Ich bringe das hier öffentlich zur Sprache, damit man genau weiß, wen die Verantwortung trifft, w. in Lothringen der Korren einmal Kibel geht. (Sehr richtig.)

Wagner-Oberhiesien (H. Bbb.): In den Zeitungen wird behauptet, in Oberschlesien gäbe es kein Wagenmüllern. Das ist unrichtig. Vielfach kommen auch Unterschleife der gemüllten Wagen seitens der Bedenbeamten vor. Unrecht ist überhaupt dort das Strafwesen; auch weiß man nicht, wo die Strafgelder hinkommen. In rühen ist auch die Bestrafung der Beamten, wodurch die Leute, deren Verwandte ein Hund oder eine Gans den Beamten vom Lande jenseitig werden. (Weiterleit.) Trotz allem Abwiegens ist das Strafwesen und Wagenmüllern in Oberschlesien im Schwange. (Bravo)

Hofmeister-Peter (Voll.): Das Strafwesen ist vor allem deshalb so sehr zu bekämpfen, weil es sich nicht um doppelte Strafen handelt, sondern dass der Mann fast unerschrocken und außerdem auch noch Strafgeld zahlen. Der Redner führt eine Reihe einzelner Bestrafungen an, die so weit gehen, dass die Leute vollständig ohne Lohn arbeiten.

Langhans-Steinert (H. A.): Eine Aufnahme in den mittelheimischen Parteien zeigt, dass auch hier das Wagenmüllern sehr im Schwange ist. Namentlich die materiellen Beamten suchen sich in Strafen heranzuziehen. Auch wird ein Hund auf die Arbeiter geführt, auch auf den fiskalischen Gruben, der Organisation, speziell dem Verband, nicht angehängt. Auf Grube Ludwig II. sind andererseits Tugend Leute entlassen, weil sie dem Verbands angehörten. Wie trüben die Mitglieder der Polizei nicht ein; die Namen müßten aber durch eine besondere Stelle den Bedenbeamten mitgeteilt werden sein. — Ja, sogar für einen Unfall werden die betroffenen Arbeiter mit 1 W. bestraft, (Hört, hört!) sein Wertmeister mit 2 W. (Die Rederei ist abgeklungen)

Jansch-Oberhiesien (Christl.) teilt einen Fall mit, daß auf Grube Krain ein Arbeiter mit 150 W. bestraft wurde, weil er ohne vorherige Meldung gefehlt habe. — Mit den Ausführungen, daß an den bestehenden Einrichtungen durch den vorliegenden Entwurf nichts geändert wird, kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. Ich begrüße es vielmehr freudig (Weiterleit.), daß die Regierung anerkennt, daß das Müllern bestraft werden muß und daß ein erster Versuch dazu gemacht wird, und ich hoffe, daß es in Zukunft ganz aufhören wird. (Bravo)

Schiller (H. A.) führt einige Fälle des Wagenmüllern an, ebenso von Strafen, die bis zu 40 W. in einem Monat reichen. Ferner teilt er mit, daß gestern schon einem Kameraden hier mitgeteilt ist, falls er 6 Tage webliebe, sei er entlassen. (Woh! Woh!) Demselben ist auch bereits mitgeteilt, obwohl er sich bei zwei Betriebsbeamten gemeldet hat, daß er für die ersten beiden Schichten beurlaubt mit je 2 W. bestraft ist. (Hört, hört!)

Korren-Bochum (Voll.) führt einige Fälle ungerechtfertigter Strafen an.

Welter-Gelienkirchen (Christl.): Ich bin mit dem Referenten einverstanden, daß die Revolven in Bezug auf das Müllern so sehr als möglich sein muß. Unrecht sind auch die indirekten Strafen, das sind Entlassungen auf Grund ganz ungenügender Demagogik, wie sie namentlich während des Streiks vielfach vorgekommen sind. Das Wagenmüllern ist geradezu Verug (Sehr richtig!), denn man verkauft die Kohlen, für deren Förderung man dem Arbeiter seinen Lohn gibt. Wir sind einmal von 18 Wagen 17 gemüllt, am nächsten Tage besetzte ich nur 8 mit ganz reiner Kohle, gemüllt waren wir davon — 11. (Weiterleit.) Man sieht, daß die Unzufriedenheit im Ruhrgebiet nicht ohne Grund war. (Sehr richtig!)

Drimmer-Weißfisch (H. D.): Das Wagenmüllern ist Verug, und es möchte deshalb in die Gesetzesnovelle ein Satz aufgenommen werden: Wenn jemand einem anderen etwas nicht, muß er bestraft werden. Auch diese Art von Menschenhandel müßte bestraft werden; wenn 100 Arbeiter entlassen werden, werden durch einen Agenten 200 und 300 andere aus Schlesien geholt. Auch das müßte unter Strafe gestellt sein. (Bravo)

Djuron-Beuthen: Wenn ein Arbeiter alle Strafbestimmungen kennen sollte, könnte er wohl gleich den Doktorhut erhalten, so reichhaltig sind dieselben. (Weiterleit.) Vor der Bestrafung müßte auch erst eine Ermahnung eintreten.

Görte-Oberhiesien (Verband): Die Behandlung auf den Gruben von Tilsen ist übermäßig brutal. Einem Arbeiter auf Grube Dornberg sagte, dass eine Felle zerbrach, sagte der Vorgesetzte: „Wehr dich lieber Ihre Hand zum Teufel gegangen.“ (Lebhafter Beifall). Dem entsprechend ist die gesamte Behandlung mit ihrem unethischen System von Strafen auf ähnlichen Gruben. Auf Grube Konordia entschuldigte sich ein Arbeiter erst Mittwoch, weil Rechts keine Frau schwer krank geworden war und er Morgens um 5 Uhr den Arzt holen mußte. Der Steiger sagte ihm, er hätte sich erst melden und dann den Arzt holen müssen, und der Mann wurde bestraft. (Hört, hört!) Unbedingt muß der Zustand bestraft werden, daß Arbeiter und Richter diese Personen sind. (Bravo)

Offener: In Elberfeld unterbindet das Vereinsgesetz jede Organisation, und die reichlichen Behörden bringen den Arbeitern nicht einmal das Bekleidungs entgegen, wie es sonst in den Bundesstaaten der Fall ist. Auch die Unternehmer geben dort noch härter gegen die Organisationen vor, wie außerhalb des Reichslandes. Die Mitglieder sind dort heranzugeworfen, daß die Sicher-Kommission am Schlusse der Tagung nach besonders Stellung nehmen wird.

In Resolutionen Dammacher über das Wagenmüllern und ebenso die Resolution Regalitz über das Strafwesen werden einstimmig angenommen.

Dammer referiert Kroll-Beuthen über den nächsten Punkt der Tagesordnung Frauen- und Kinderarbeit. Über die Nachmittags-Sitzung und den Schluß des Kongresses berichten wir in morgiger Nummer. Mit dem Gesange des Liedes „Gülden! Kameraden, durch Nacht zum Licht“ gingen die Bergleute am Donnerstag Abends 7 Uhr auseinander.

Abg. Dr. Süßbaum (Soz.): Dr. Mugdan verächtlich die Krankenkassen, daß sie politischen Zwecken dienen. Derselben Verächtlichkeit bezieht sich der freisinnige Stadtmagistrat von Nürnberg, um die schlechteste Art der Krankenkassen, die Gemeindeversicherung, in der regimästen bayerischen Industriestadt aufrecht zu erhalten. Redner schildert die Zustände im Nürnberger Versicherungswesen. (Lebhafter Beifall auf der Rechten.) Ich werde warten, bis die Herren mit ihren Privatgesprächen fertig sind. (Weiterleit.) Die Gemeindeversicherung in Nürnberg gemindert den Arbeiter nur das Minimum des gesetzlichen Krankengeldes, nämlich die Hälfte des niedrig angelegten ordentlichen Tageslohns, dagegen weder Sterbegeld noch Wdwerinnenunterstützung, noch Hilfe für Familienangehörige. Das Defizit der Gemeindeversicherung wird aus allgemeinen Geldmitteln gedeckt, die ihrerseits zum erheblichen Teile aus dem städtischen Otrai, das heißt aus Abgaben auf die Nahrungs- und Genussmittel der breiten Schichten des Volkes aufgebracht werden. Dadurch, daß die Fabrikanten, die über 50 Arbeiter beschäftigen, unter genauer Angabe der bei ihnen beschäftigten Kranken zu Nachzahlungen genötigt werden, werden diese zur Entlassung kranken erkrankender Arbeiter und dadurch wieder die Arbeiter zur Verheimlichung ihrer Erkrankung aus Furcht ihrer Entlassung veranlaßt. Aber für diese Kasernenpraxis des freisinnigen Nürnberger Stadtmagistrats hat der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan kein Interesse. Offenlich wird bald die mittelständische Kreisregierung diesen unerbürten Zuständen ein Ende bereiten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Frickhoff (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Mugdan und hält seine Ausführungen bei der zweiten Lesung wörtlich aufrecht. Das ganze Verfahren des Dr. Mugdan geht dahin, die Differenzen zwischen Kasernen und Metzger künstlich zu vergrößern. Ich habe als Kasernenvorstand stets auf Abgrenzung der ärztlichen Rechte gesehen, in Dresden haben wir sogar die Pensionierung der Kasernenärzte eingeführt, die diese nach einem Sträuben gen ausnahmen. Es ist eine objektive Unmöglichkeit, daß wir nach der politischen Stimmung der Ärzte fragen. Wir sehen in den Kasernen wertvolle sozialpolitische Mitarbeiter, allerdings nicht gerade in den Herren Dr. Mugdan und Dr. Becker. Wenn früher freisinnigen Abgeordneten von Mitgliedern der Rechten gratuliert worden wäre, so wären sie schamrot geworden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. Stadthagen (Soz.) stellt fest, daß Abg. Bruhn mit klaren Worten ein Verbot des Streikpökenstehens gefordert hätte. Wie kann er also mit Unwahrheit vorweisen, wenn ich ihn als Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter bezeichne (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.) polemisiert gegen die Abg. Süßbaum und Frickhoff. Die Pensionierung der Kasernenärzte soll diese an die Kasse stellen, wie die von der Sozialdemokratie so bitter geliebten Wohlhabendenrichtungen der Fabrikanten die Arbeiter an die betreffenden Betriebe stellen sollen. Es ist mir unerkel, ob meine Ausführungen den Ärzten schaden oder nützen. Ich spreche als freisinniger Parteimitglied und als solcher suche ich der Sozialdemokratie zu schaden, soviel ich kann.

Abg. Gump (Reichsp.) polemisiert gegen Ausführungen des Abg. Baum bei der zweiten Lesung. Die Fabrikleitungen haben keine Verantwortung, ihre Nase in die Abtritte der Arbeiter zu stecken. (Unruhe)

Abg. Thiele (Soz.) führt Beschwerde über das Vorgehen der Stadtbehörde von Weßfeld und der Aufsichtsbehörde in Merkersburg gegen die Krankenkasse in der dortigen Stadt. Der sozialdemokratische Streikkomitee wurde abgesetzt und ein anderer Mandant eingesetzt, der von den Ärzten verlangte, daß sie alles Verbandsmaterial von ihm beziehen sollten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und da spricht man noch vom Terrorismus der Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Becker-Pessen (Ntl.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Scheidemann vom gestrigen Tage. Trotz seiner Verbürgungen bin ich zum 1. April als Bahn- und Kasernenarzt bei der Eisenbahnarbeitern angestellt. (Zuruf bei den Soz.): Was beweist das? Das beweist, daß ich, da ich jetzt 14 Kasernen in meiner Hand habe, offenbar nicht, wie Abg. Scheidemann behauptet, v. erschwinden erisch mit Medikamenten umgebe. (Lebhafter Beifall b. d. Ntl.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Dr. Becker hat nicht widerlegen können, daß er Trochitzsche an Arbeiter geschrieben, Einmütigkeit für sich herumgetragen, die Familienversicherung hintertrieben hat, und daß die teuren Recepturen von ihm herrühren. Nichts ist von dem widerlegt, was ich gesagt habe. Es bleibt somit das Wort bestehen, daß Dr. Becker selbst gesprochen hat: „Wenn alles das wahr wäre, so wäre das gemeint, mich in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.“ (Lebhafter Beifall b. d. Soz., Unruhe b. d. Ntl.)

Abg. Bübisch (Soz.) befreit gegenüber dem Abg. Fischer, daß er bei der zweiten Lesung mit Absicht verschwiegen habe, statistisches Material des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes benutzt zu haben.

Abg. Warm (Soz.) hält seine Angaben bei der zweiten Lesung über den Streik in Levertal aufrecht. Der Streik ist ausgebrochen, weil die Firma den Arbeitern kein Koalitionsrecht gewähren wollte.

Abg. Gump (Reichsp.): Damit tut sie recht. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. v. Maffow (konj.) polemisiert gegen den Abgeordneten v. Gerlach, nennt diesen ein Chamäleon und erregt so stark Parteirechtsbrüche auf der Rechten, daß seine Rede unverständlich bleibt.

Abg. Fischer (Zentr.) polemisiert gegen den Abg. Bübisch. Abg. Warm (Soz.) konstatiert die Stellungnahme des Abg. Gump gegen das Koalitionsrecht. Viele Unternehmer behandeln den Arbeiter wie einen Hund. (Unruhe verhö. Lebhafter Beif. b. d. Soz.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.) polemisiert gegen den Abgeordneten v. Maffow, den er auffordert, nicht immer alte Weisheit zu wiederholen, sondern seinen Geist etwas anzustrengen, um neue Weisheit zu machen. (Weiterleit und Beifall links)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Bruhn (Ntl.), Fischer (Zentrum), Stadthagen (Soz.) und einem dem letzteren Abgeordneten durch den Vizepräsident Dr. Baasche erteilten Ordnungsruf, wird der Titel „Staatssekretär“ bewilligt. Der Rest des Staats des Reichstages des Innern wird, abgesehen von einer kurzen Debatte zwischen dem Abg. Becker-Pessen und dem Staatssekretär Graf Bismarck, über die Unterstützung gemeinnütziger Bauvereinigungen für Reichsbeamte oder Arbeiter in Reichsbetrieben debattelos erledigt. Es folgt die

### dritte Lesung des Militäretats.

Kriegsminister v. Einem geht auf den Selbstmord des Leutnants Diez in Mainz ein. Somit ist die Sache erledigt, hat zwar die abfällige Kritik des Obersten v. Wilmanns auf der Abteilung des Leutnants Diez den letzten Anlaß zum Selbstmord gegeben, die eigentlichen Ursachen lagen aber tiefer und in dem auch von der Frau des Unselbstigen begangenen melanancholischen Temperament des Leutnants begründet. Ich werde die Akten auf das Sorgfältigste prüfen. (Lebhafter Beifall)

Abg. Dr. Müller-Münchingen dankt dem Kriegsminister für die loyale Darstellung. Die Familie, und namentlich die Mutter des Leutnants, stellen in diesem die Sache ganz anders dar. Die Mutter betont, daß ihr stets wahrheitsliebender Sohn nur die jahrelangen Schikulierungen des Obersten als Grund seines Selbstmordes angegeben habe. Ebenso erklärt die Frau, daß man ihre Äußerungen ganz falsch wiedergegeben und sie gerade das Gegenteil von dem, was der Oberst behauptet, zu Protokoll gegeben habe. (Hört, hört! links.) Daß der Oberst unredlicher Weise das Testament öffnete (Hört, hört! links), zeigt auch, daß er kein gutes Gewissen hatte. (Sehr wahr! links.) Nach der Behauptung der Familie hat man gestillt alles zusammengefaßt, um einen Tod aus Melancholie wahrscheinlich erscheinen zu lassen, und die Familie hat zunächst diese Behauptungen unterstützt, um dem Verstorbenen das militärische Leichenbegängnis zu sichern, auf das sie

## Deutscher Reichstag.

176. Sitzung, Donnerstag, den 30. März 1905.

Mittags 1 Uhr

Am Bundesratsitz: Graf Polesowski, Herrmann von Stengel, von Einem.

Die dritte Sitzung des Staats wird fortgesetzt beim Reichstagsamt des Innern.

Die dritte Sitzung des Staats wird fortgesetzt beim Reichstagsamt des Innern.

Die dritte Sitzung des Staats wird fortgesetzt beim Reichstagsamt des Innern.



gemäß ihrer solbatischen Tradition Wert lege. Ich habe den Fall als Beispiel angeführt, das allerdings nicht typisch ist, weil gewöhnlich die jungen Offiziere vorziehen, die Schikanierungen, die sie von oben empfangen, nach unten weiterzugeben. Wir haben es hier mit einer der Würdigen der Soldatenmishandlungen zu tun. Meist der Fall liegt so, wie ihn die Wäcker darstellte, so liegt ein nicht scharf genug zu brandmarkendes Vorkommnis vor. (Lebhafte Beifall links.)

Kriegsminister von Einem bittet den Abg. Dr. Müller, nicht zu vorzeln und nicht zu allgemeine Schlüsse zu ziehen. Ich glaube nicht, daß die Melancholie des Leutnant Dies aus der letzten Zeit kam. Ertraglich ist, daß er keinen unter seinen Kameraden fand, dem er sich anvertrauen konnte. (Sehr richtig! links.)

Abg. von Oldenburg bedauert den Fall, glaubt aber nicht, daß der Obersten eine Schuld trifft und macht auf die Existenz eines Besondereweges aufmerksam. (Heiterkeit links.)

Abg. Sebel (Soz.): Wie weit den Obersten v. Blumenthal Schuld trifft, weiß ich nicht. Es gibt aber leider Vorgesetzte in der Armee, denen es einen Kegel bereitet, ihre Untergebenen fortwährend ihre Macht fühlen zu lassen. — Redner macht auf das Vorgehen der Militärbehörden gegen die Schriftstellers in aktiven Offiziere aufmerksam. So wurde der Freier von Wackerberg, der im Berliner Tageblatt, im Reichsboten und anderen bürgerlichen Blättern Militärstudien veröffentlicht hatte, vom Militärgericht zur Ausstoßung aus dem Offiziersstande verurteilt. Von dem Kaiser wurde das Urteil freilich gemildert, daß ihm nur das Recht aberkannt wurde, die Uniform zu tragen. Dem verabschiedeten Offizier muß aber die freie Kritik, das Recht jedes Staatsbürgers, um so mehr gewahrt bleiben, als die freimütigen und sachgemäßen Kritiken dieser Männer dem Reichstage ein wichtiges Material für die Beurteilung militärischer Zustände liefern. (Sehr wahr! links.) Die Armee wird noch immer in annehmbare Weise zur Profiteurenmacherei benutzt, indem man junge Offizierente durch militärischen Druck zum Eintritt in eine kirchliche Gemeinschaft zu nötigen sucht. Der oberste Priester möchte ja auch, nur gute Christen könnten gute Soldaten sein. — Redner schließt freilich, wohl durch die Erfahrungen des skandinavischen Krieges ein Wandel in diesen Anschauungen eingetreten zu sein. Belam hoch der japanische General Nogi den Orden pour le mérite. Um so eher dürfen wir hoffen, daß die Schikaniierung deutscher Soldaten wegen ihrer religiösen Überzeugung aufhören werden. (Lebh. Beifall b. den Soz.)

Beim Kapitel Ferdebewirtschaftung entzündet sich eine lebhafte und ausgebreitete Debatte zwischen den Abg. Dr. Wachnide (fr. Bgg.) und v. Treuenfels (kon.) über Neupferungen, die der Abg. Wachnide bei einer früheren Stadtratberatung getan hat. Es handelt sich um die Remonteaufkäufe und die Bevorzugung des Straßenumwickels bei diesen.

Abg. Wachnide bekräftigt diese Bevorzugung auf gute Frühlingsrückführung zu haben.

Abg. v. Treuenfels wirft dem Abg. Dr. Wachnide vor, wie eine Sache um den heißen Brei um die Sache herumzugehen und mit süßen Worten den bitteren Kern des Pudels zu verschlucken sich zu weigern. (Stiller Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Wachnide erklärt, daß Entzündung sich nicht auf Jahre empfinden lasse und spricht von dem schlecht ausgeführten Remontepfand, den der Abg. v. Treuenfels hier sammelt. (Lebhafte Beifall links.)

Nach langen Wechselreden erklärt unter allgemeiner Heiterkeit und Zustimmung des Hauses Präsident Graf Wallerstein die Debatte für geschlossen.

Der Rest des Militäretats wird ohne Debatte erledigt. Beim

**Marineetat**

bringt zum Kapitel „Instandhaltung der Flotte und Werkstätten“

Abg. Regien (Soz.) klagen der Werftarbeiter vor. Die Denkschrift der Werftarbeiterorganisation, die zwischen der zweiten und dritten Lesung erschienen ist, liefert neues und für die Verwaltung nicht gerade schmeichelhaftes Material. Das Prämiensystem ist in einer den Arbeitern ungünstigen Weise ausgebaut worden. Die Angaben des Staatssekretärs über die Löhne sind durch seine eigene Schuld unkontrollierbar. Wenn übrigens wirklich die Löhne gestiegen sind, so sind die Mieten und die Lebensmittelpreise ebenfalls und in viel höherem Maße gestiegen. Redner führt weiter einen Fall rigoroser Vertretung an. Leider sind die Marinebetriebe noch immer keine Mutterbetriebe. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tietz polemisiert gegen den Vordränger und verteidigt das Prämiensystem und das Verteilungssystem. Die Denkschrift der Werftarbeiter geht ihm nicht an.

Abg. Regien (Soz.): Wenn den Staatssekretär die Denkschrift der Werftarbeiter nichts angeht, so werden wir sie das nächste Mal hier im Reichstage verlesen. Dann wird er wohl oder übel Kenntnis von ihr nehmen müssen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. Bubeil (Soz.) hält seine in zweiter Lesung gemachten Angaben über die Lage der Werftarbeiter aufrecht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Rest des Marineetats wird debattelos erledigt. Beim

**Injustizetat**

bittet Abg. Wassermann (natl.) den Staatssekretär um Mitteilung über den Stand der Vorarbeiten der Kommission zur Strafrechtsreform.

Staatssekretär Nieberding hofft, daß die ersten Publikationen noch im Laufe dieses Jahres herauskommen werden.

Abg. Stadthagen (Soz.) wendet sich scharf gegen das Beugnis zu wagnis zu erfahren, wie es neulich erst wieder und zwar zum zweiten Male gegen den bürgerlichen Redakteur in Anwendung gebracht worden ist. Es gibt nichts Schimpflicheres, Schreulicheres als die Benützung eines solchen Beugnisses. Dieser anerkannt unmoralische Zustand sollte schleunig durch ein Notgesetz beseitigt werden. Ebenso müßte das Anlagemonopol der Staatsanwälte wenigstens für Vergehen der Staatsanwälte selbst beseitigt werden. (Wah! bei den Soz.)

Staatssekretär Nieberding verteidigt das Benützungswagnisverfahren im Falle Stäcke. Es handelte sich um die Vertretung der Brief- und Telegraphenbetriebe, und der Täter muß in solchen Fällen unbedingt ermittelt werden. Ich gebe mich weder parlamentarisch noch juristisch hin. (Beifall rechts.)

Abg. v. Orsach (fr. Bg.): Es steht durchaus nicht fest, daß es sich in dem bürgerlichen Falle um eine Vertretung des Telegrammgeheimnisses handelte. Dagegen lag für den Redakteur ein hohes öffentliches Interesse vor, daß ihm von einer Privatperson, nicht von einem Telegraphenbetriebe übermittelte Telegramme an publizieren, da in diesem die Beeinflussung einer Abstimmung im parlamentarischen Interesse der Wähler verläßt wurde. Nicht die Ehre der Presse, sondern die Ehre der Justiz leidet unter dem Beugniswagnisverfahren. (Zustimmung links.)

Staatssekretär Nieberding: Ein Redakteur, der zur Entdeckung eines Verbrechens mitwirkt, kann nicht ehelos handeln. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Das Telegramm war, wie Redakteur Stäcke behauptet hat, ihm nicht von einem Beamten überliefert worden; damit fallen die Ausführungen des Staatssekretärs in sich zusammen. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht auf dem Standpunkte, daß unanständige Handlungen niemals verkannt werden können. (Sehr richtig! links.) Von den Ministern verlangt man doch nicht einmal, daß sie die Leute angeben, die ihnen Spitzeldienste geleistet haben. Das Postgeheimnis, welches jetzt in den Vordergrund geschoben wird, wurde sonst nicht immer heilig gehalten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Thiele (Soz.): Ein Redakteur, der ein Amtsgeheimnis verrät, ist ein ehrloser Schuft. Leider wird die Justiz in Deutschland allmählich zur Hure der Staatsraison. (Wah! bei den Soz.)

Präsident Graf Wallerstein ruft den Redner wegen des letzten Ausdrucks zur Ordnung. Der Justizetat wird bewilligt. Beim Reichsinvalidenfond

auf bessere Verpflegung der Veteranen. Zum Vortage bemängelt Abg. Singer (Soz.) das Vorgehen der Reichspost gegen ausländische Zeitungen. Sie verweigert die Zustellung solcher Zeitungen, wie z. B. des „Avanti“, wenn diese Zeitungen auch nur in Elsaß-Forsingen und nicht im übrigen Reichsgebiet verboten sind.

Es sprechen dann noch zum Vortage die Abg. Bubeil (Soz.), Singer (Soz.), Dr. Müller-Sagan (fr. Bpt.) und Staatssekretär Tietz.

In den Matriculardaten legt Finanzminister Freiherr v. Helldorff namens der Regierung Protest gegen die Beschlässe zweiter Lesung bezüglich der Erhöhung der Matriculardaten ein. Damit werden die Kullmanngaben der Einzelstaaten geschädigt.

Die Beschlässe zweiter Lesung werden aufrechterhalten. Der Gesamtetat wird in der Gesamtabstimmung angenommen. Sodann wird noch einmal abgestimmt über die Frage, ob die Resolution Graf Kants einer Kommission überzweigen werden soll. Mit Ja stimmen 109, mit Nein 42 Stimmen. Das Haus ist also nicht beschlußfähig, da nur 161 Abgeordnete anwesend sind.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Nachtrags-Etat. Schluß nach 8 Uhr.

**Breslaner**

**Stadterordneten-Versammlung.**

Breslau, den 31. März 1906.

Bei der gestern fortgesetzten Stadterordnetenversammlung wurden wieder längere Auseinandersetzungen hervor. Und zwar war es diesmal der Etat der Bau- und Wegepolizei, welche der Gegenstand des Tadel und der Wünsche war. Unser Genosse, Stadterordneter Schütz, war es, der im Anschluß an das kurze Referat des Berichterstatters Simon, die Tätigkeit der Baupolizei auf dem Gebiete der Unfallverhütung und des Arbeiterschutzes einer Kritik unterzog, nicht ohne dem Herrn Seyde mit seinen „bezahlten Agitatoren“ einige Jagdhiebe zu versetzen. Wir geben diesen Teil der Debatte hier etwas ausführlicher wieder:

**Stadter. Schütz (Soz.):**

Selbst auf die Gefahr hin, von neuem den Unwillen der Herren Jeron und Seyde zu wecken, (Bursche: Herr Jeron ist nicht anwesend!) darf ich mir erlauben, Herrn Jeron besonders meine Anerkennung zu erwiesen (Heiterkeit!), indessen ich mich veranlaßt, auch bei diesem Etat einige Wünsche interessierter Kreise vorzutragen. Das meine Ausführungen bei Ihnen, meine Herren von der Rechten, keinen Reformationsboden finden, ist erklärlich, weil ich nur ein bezahlter Agitator bin. Aber nicht alle Einwohner der Stadt Breslau sind Hausbesitzer und können von den Mietsverträgen ihrer Häuser abgesehen leben führen, oder können sich durch Grundstücks- oder Boden Spekulationen Erwerb schaffen. Herr Seyde aber sollte mit seinen Vorwürfen etwas vorsichtiger sein, denn keine Partei hat soviel gut bezahlte Agitatoren als gerade die Zentrumspartei. Auf allen Klängen wimmelt es von Agitatoren, die bei sehr kurzer Arbeitszeit und unter Bezahlung ein recht angenehmes, fast beneidenswertes Leben führen. (Unruhe. Vielhede Rufe: Zur Sache!) Meine Herren! Sie haben Ihren Freund Seyde auch nicht zur Sache genannt, als er seine Schmutzmittel über mich ausgoß! Weil finstere Mächte an der Verdummung des Volkes arbeiten, habe ich mich einer Partei zugewendet, die die Volksaufklärung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Seit einer Reihe von Jahren ist die Baupolizei in städtischer Verwaltung, und da es an Uebelständen im Baugewerbe nicht mangelt, so haben sich die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter eine Bauarbeiter-Schutzkommission geschaffen, welche die Aufgabe hat, im Baugewerbe bestehende Uebelstände nachzuweisen und für deren Beseitigung einzutreten. Daß diese Kommission wenig Gegenliebe bei den Herren vom Bauamt gefunden hat, ist erklärlich. Auch der Herr Oberbürgermeister erklärte kürzlich, daß die Beschwerden nur zum allergeringsten Teil begründet seien, vielfach aber mit großer Reichhaltigkeit dem offenbar Sachverhalt zuwider erhoben seien. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Oberbürgermeister sich nach dem richten muß, was die Beamten berichten. Ich will nur einen Fall anführen, der Ihnen recht deutlich zeigt, wie manchmal berichtet wird. Am 25. Februar d. J. stellte ein Vertreter der Bauarbeiter-Schutzkommission in einigen Punkten fest, daß eine Reihe von Uebelständen vorhanden sind. Unter anderem befand sich die Abortanlage auf einem dieser Bauten in einem geradezu skandalösen Zustande. Der Abhilfe dieses Uebelstandes forderte Vertreter der Kommission wurde vom Bauplatz geantwortet: Dieser Uebelstand ist auf die Bauarbeiten zurückzuführen und es wurden sofort zwei Beamte beauftragt, nachzuforschen. Noch am selben Tage trat die Antwort ein, daß nach der stattgefundenen Revision ein Anlaß zum Einschreiten nicht vorlag, im übrigen die geringen Uebelstände nicht der Rede wert seien. Dort beschäftigte Arbeiter haben aber erklärt, ohne eine Anweisung gegen den Bauherrn zu haben, daß tatsächlich die Klosets in einem höchst bedenklichen Zustande sich befinden habe. Die Baupolizeiverwaltung hat im Jahre 1900 eine Arbeiterschutz-Verordnung erlassen. In sehr vielen Fällen finden diese jedoch nur keine oder nur mangelhafte Anwendung. Da man den Arbeitern beim der Schutzkommission immer Vorwürfe macht, daß sie übertriebene oder einseitig darstelle, hat sie zur Photographie Zuzucht genommen. Ich lege hier eine Anzahl Bilder auf den Tisch des Hauses nieder, damit Sie sich überzeugen können, in welcher leichtfertiger Weise Bauunternehmer trotz der bestehenden Arbeiterschutz-Verordnung und trotz der Kontrolle durch städtische Bauaufsichtliche Verfahren, wie diese Herren auf bestehende Bestimmungen verfahren. Redner weist an Hand einer ganzen Anzahl von Bildern des Eingehenden nach, wie leichtfertig oft mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter umgegangen wird. Er weist einige Jahresberichte der Bauarbeiter-Schutzkommission vor, aus diesem ist zu ersehen, daß die Kommission nicht nur tabeln, sondern auch lobt, wo etwas zu loben ist. Wie Ihnen bekannt ist, stieg am Abend des 27. März an der Ohlauer Chaussee der Giebel eines Neubaus ein, nachdem der Bau am 25. d. M. gesperrt worden war. Schon seit Wochen war es jedem Frachtmann klar, daß hier eine Katastrophe eintreten muß, nichtsdestoweniger wurden, nachdem sich die Fensterbögen und Rappen gefenkt hatten, und vollständig aus dem Winkel gekommen waren. Träger eingezogen, um Pakt in das in Bewegung geratene Mauerwerk zu bringen. Mit welchem Erfolg ist erklärlich. Mir wurde von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt, daß dieser Bau mit dem Nebenbaute einen gemeinschaftlichen Giebel hat. Es wäre dies nun möglich, wenn beide Gebäude zusammengehörten und beide Grundstücke im Grundbuch zusammen eingetragene sind. Schon längere Zeit wurden Risse, die sich zeigten, mit Zement verputzt. Wie mir mitgeteilt wurde, befanden sich unter unseren Bauaufsichtlichen Männern, die nicht Fachleute sind. Ich halte das für falsch. Um solche verantwortungsvolle Tätigkeit auszuüben, braucht der Beamte ein gebräut geschnittenes Auge und die nötige durch selbständige praktische Tätigkeit erworbene Umsicht. Ich halte es auch für falsch, daß diese Beamten für Militärämter rekrutiert sind. Wer selbst praktisch gearbeitet hat, kommt bei 9-12-jähriger militärischer Dienstzeit aus der Praxis. Ich ersuche den Magistrat, bei der vorzunehmenden Untersuchung auf meine Fragen Rücksicht zu nehmen. Jedenfalls bitte ich den Magistrat, das von mir Angeregte einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Unsere im Bauamt beschäftigten Arbeiter haben ein Recht zu fordern, daß die zum Schutze der Gesundheit und des Lebens derselben erlassenen Vorschriften strikte durchgeführt werden.

**Stadter. Stein (Antif.):**

Gegen die Unterstellung des Stadter. Schütz, als ob die Bauaufsichtliche Tätigkeit nicht, müße Erwähnung eingeleitet werden.

Schütz habe gesagt, er wolle die Gründe nicht angeben, weshalb die Tätigkeit der städtischen Baupolizei gegenüber der früheren staatslichen zurückgefallen. Warum will er die Gründe nicht angeben? Darin liegt doch die Unterstellung, daß die Beamten in irgend einer Form beschuldigt wären. (Widerpruch.) Redner behauptet weiterhin, Militärämter, die bei den Bauarbeiten oder beim Eisenbahn-Bauwesen gebildet hätten, verständen mehr vom Bauamt, als etwa Maurer- und Zimmergesellen. Sie würden sogar als Bauarbeiter gelassen, da würden sie wohl auch als Bauaufsichtliche zu verwenden sein. Die von Schütz vorgelegten Photographien bewiesen gar nichts. Die könnten ebenso gut von beteiligter Seite „zurückgemacht“ sein. Man wisse ja, wie beratungsmäßig an Hande komme. Mit der Baupolizei sei es ganz zufrieden. Dagegen sollten die Arbeiter nur selbst auf die Unfallverhütung achten. Aber sie sitzen lieber auf den Dächern herum ohne Schutzvorrichtung, wenn dann der Schabernack da sei, dann schelte man auf die Arbeiter. Dafür sollte Schütz sorgen, daß die Arbeiter die Schutzvorrichtungen benutzen. Die Angst, daß Herr Schütz auf Schutze seien nicht am Plage, denn wenn jemand Schmutzmittel ausgießt, dann wären es gerade die Sozialdemokraten. (Beifall.)

**Bürgermeister Muehl**

meint, Herr Stein könne die Verteidigung des Magistrats ruhig diesem selbst überlassen. Sächlich habe Schütz den Fehler begangen, die Beschwerden in der Stadterordneten-Versammlung vorzutragen, während sie eigentlich vor den Chef der Baupolizei gehörten, das sei der Oberbürgermeister. Im übrigen seien die Beschwerden, die schriftlich von der Bauarbeiter-Schutzkommission eingegangen wären, vielfach übertrieben. Die Photographien sollten — daß sie echt seien, nehme er im Gegenzug zum Stadter. Stein ohne weiteres an — der Baupolizei rechtzeitig vorgelegt werden und nicht bloß zur Illustration des Jahresberichts benutzt werden. Die Baupolizei tue ihre Schuldigkeit und gerade aus dem Einkurs an der Ohlauer Chaussee er könne am wenigsten eine Kritik hergeleitet werden, denn die Blätter haben die Baupolizei alle gelobt.

**Stadter. Dertel (Hausbesitzer)**

fragt an, ob die in die Aborte eingebauten fognannten Hochunterbrecher sich bewährten.

**Stadter. von Schön**

gibt dem Vordränger beruhigende Auskünfte. Diese Unterbrecher bewährten sich durchaus und die neue Einrichtung könnte im Interesse der Reinhaltung der Trinkwasserleitungen nicht entbehrt werden.

Es wird Schlußantrag gestellt. Schütz und Heilberg sprechen gegen den Antrag, letzterer mit dem Bemerkung, daß Herr Seyde persönlich angegriffen sei und daß Gelegenheit zur Verteidigung dadurch m. H. Schütz erklärt, daß der Schlußantrag den Anschein erwecke, als ob man unangenehme Wahrheiten nicht hören möge. — Der Antrag wurde abgelehnt. Das Wort erhält Johann

**Stadter. Seyde (Zentrum):**

Es war zu erwarten, daß ich noch einige Male von den beiden Sozialdemokraten wegen meiner letzten Äußerungen angegriffen würde. Ich habe das heute schon gesehen würde, hätte ich nicht erwartet. Ich bin deshalb auch nicht präpariert auf solche Ausführungen. Aber das muß ich sagen: Meine Äußerungen von neulich waren ganz am Platze. Die beiden Herren erklärten immer: „Wir sind von den Arbeitern erlöst worden, dies und jenes hier vorzubringen.“ Ich bezweifle das, die städtischen Arbeiter denken gar nicht daran, zu den Sozialdemokraten zu gehen. Die Herren sollen doch mal die Arbeiter nennen, die zu ihnen kommen. (Bursche: Das müßten Sie wohl?) Sonst glaube ich nicht, daß sie wirklich im Auftrage der Arbeiter sprechen. Das geschieht alles, um Abonnenten und Parteigenossen zu gewinnen. Die sozialdemokratische Partei hat ja schon in Erfurt den Beschluß gefaßt, daß sie immer solche Forderungen aufstellen wolle, die andere Parteien nicht stellen können, damit sie wenigstens etwas im voraus habe. Die Herren wissen ganz genau, daß der Staats-Ausschuß auch für sie offen steht, aber sie bringen die Sachen lieber hier vor, in den Ausschuss gehen sie nicht. Das ist alles auf Partei-Flamme eingerichtet. So was können wir nicht mitmachen. Wie sieht es denn in Wirklichkeit mit Ihrer Arbeiterfreundschaft aus? Was haben Sie mit Ihrer Bäckerei in Berlin angefangen? (Wobei Rufe: Wir haben ja gar keine gehabt! Heiterkeit.) In Ihren Druckereien sind die Arbeitsverhältnisse auch nicht am besten.

**Stadter. von Stein**

ersucht den Redner, doch nur Angelegenheiten vorzubringen, die mit der Bau- und Wege-Polizei zusammenhängen. Bei den letzten Ausführungen sei das nicht der Fall gewesen.

**Stadter. Seyde (Zentrum):**

Ich protestiere gegen diese Behandlung seitens des Vordrängers. Ich werde nicht mehr reden, aber ich protestiere dagegen. Herr Schütz kann also reden und ich darf nicht reden. (Beifall. Herr Seyde packt seine Akten zusammen und verläßt den Saal.)

**Stadter. Schütz (Sozialdemokrat):**

Herr Seyde hat gar keine Veranlassung sich zu beschweren, ich habe nur seine Angriffe und die Beschimpfungen, die er gegen mich und meinen Freund Seyde gerichtet hat, zurückgewiesen, ich bestand mich lediglich in der Abwehr. Es ist mir garnicht eingefallen, Vorwürfe gegen den Magistrat zu richten. Ich habe nur, wie mir als üblich ständig vorkam, hervorgehoben. Der Herr Bürgermeister sagt, die Photographien, die im Jahresbericht der Schutzkommission wiedergegeben sind, seien kein Beweis, weil eine Nachprüfung unmöglich sei. Ich kann nur sagen, daß die Baupolizeiverwaltung rechtzeitig von diesen Uebelständen Kenntnis erhalten, eine Prüfung also möglich war. Wenn eine gleichbedeutende Notiz, die sich mit dem Einsturz des Neubaus an der Ohlauer Chaussee beschäftigt, und in welcher der Baupolizei Anerkennung für ihre Umsicht gesollt wird, in heiligen Zeitungen erschienen ist, so will das sehr wenig bedeuten. Solche Notizen gehen den Zeitungen sehr oft von interessierter Seite zu und werden unbeschrieben abgedruckt. Wenn in einer Zeitung, die an die Baupolizei gelangt, wirklich einmal eine Uebertreibung vorkommt, so müßten Sie immer berücksichtigen, daß die Beschwerdeführer interessiert sind und ihre Haut zu Markte tragen müssen, jedenfalls übertriebt man nicht absichtlich. Herr Stein behauptet, daß ich mich selbst widerlegt hätte. Ich kann nur sagen, daß seine Ausfahrungen ein einziger Widerspruch von A bis Z waren. Ich weise aber die Unterstellungen dieses Herrn sehr entschieden zurück. Ich mache es nicht so, wie Herr Stein, daß ich Behauptungen aufstelle, und später den Beweis für diese zu erbringen unterlasse! (Heiterkeit.)

**Stadter. Stein (Antif.):**

Ich stimme Herrn Stein zu, daß die Arbeiter oft schuld sind an den mangelnden Schutzvorrichtungen, diese sollten, wo sie fehlen, sehr entschieden gefordert werden. Wer die Verhältnisse aber kennt, weiß, wie schwer es für den einzelnen oft ist, solche Forderungen durchzusetzen. Es ist aber sehr stark, wenn Herr Stein sagt, man wisse ja nicht, ob diese Photographien den Tatsachen entsprechen. Es sei sehr wahrscheinlich, daß diese nur zu Zwecken der Agitation hergestellte seien. Das ist mir nie gelungen trotz, Herrn Stein von der Richtigkeit meiner Ansichten zu überzeugen, ist mir klar. Selbst wenn ich die Vereinfachtheit des Demosthenes mit der Klarheit des Sokrates zu verbinden imstande wäre, würde das nicht gelingen. Zum so und so vielen Male hat heute Herr Stein den Beweis erbracht, daß sein Urteil durch Sachkenntnis nicht getrübt ist. (Heiterkeit.)

**Stadter. Simon (liberal):**

In sachlicher Beziehung hat Herr Schütz in dem, was er vorbrachte, vielfach recht. Es bestehen tatsächlich manche Uebelstände. Aber hier ist nicht der Ort, solche Beschwerden anzubringen. Die Arbeiter sollten nicht gleich bei der Baupolizei Beschwerde führen, sondern erst vom Arbeitgeber die Abstellung der Uebelstände zu erfordern suchen. Verständige Arbeitgeber aber werden den Wünschen gern entgegen kommen. (Lobe rufe: Sehr richtig!) Und bei den unverständigen Arbeitgebern haben die Arbeiter ein so schneidendes Mittel, ihren Wünschen Nachdruck zu verschaffen: die Arbeitslosenstellung! Diese Waffe wissen die Arbeiter sehr

**Stadter. Simon (liberal):**

gegen die Unterstellung des Stadter. Schütz, als ob die Bauaufsichtliche Tätigkeit nicht, müße Erwähnung eingeleitet werden.



an anzuwenden, wenn ein gewerkschaftlicher Arbeiter mit auf demselben Bau beschäftigt ist. (Sehr wichtig!) Da wissen sie die Gewerkschaften zu verhängen und den Arbeitgeber zu nötigen, den gewerkschaftlichen Arbeiter zu entlassen. Warum werden sie den Streit nicht an, um denartige Missstände zu beseitigen? Aber die ganze Tätigkeit läuft darauf hinaus, die Kellametrodrommel zu rühren. Wenn hier gegen die Hauptregel Beschwerde geführt wird, so scheint mir das nur die Vorrede zu sein zu dem Antrage auf Anstellung von Arbeiterkontrollen für das Bauwesen. Man will die Sozialdemokratie eine neue Gelegenheit zur Anstellung ihrer Genossen verschaffen. In München hat man schon solche Beamte aus Arbeiterkreisen angestellt. Aber es ist alles beim alten geblieben. Wenn wir alle Bauern in der von Schütz gewünschten Form überwachen lassen wollten, dann würden wir für jeden Bau einen Vollstreckungsbeamten und einen Kommissar anstellen müssen. Dadurch aber würde das Verantwortlichkeitsgefühl der Bauunternehmer nur erlitten werden. — Nach diesem Vortrag ins Politische bitte ich, den Etat festzusetzen. (Beifall.)

Der Etat wird nach dem Ausschussgutachten genehmigt. Für die Besetzung der Lehrkräfte an den Fortbildungsschulen, die nebenamtlich wirken, hat der Magistrat neue Grundzüge aufgestellt, welchen die Stadtverordnetenversammlung zustimmen soll. Hierbei erklärt sich Stadtr. Finger (kons.) als prinzipieller Gegner der Fortbildungsschulen überhaupt, beantragte aber, die Lehrer an der kaufmännischen Fortbildungsschule ebenso zu bezahlen, als die an der gewerblichen Fortbildungsschule. Stadtr. Prentla suchte den Herrn zu überzeugen, daß das aus praktischen Gründen nicht gut gehe, aber Herr Finger und Herr Dr. Schütz (kons.) blieben auf ihrem Standpunkt stehen. Ihre Anträge, die Besetzung der betr. Lehrer nochmals dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen, wurde abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Beim Etat der Kanalisationswerke ergriff das Wort:

Stadtr. Söbe (Sozialdemokrat): Die Arbeiter der Kanalisationswerke haben eine Petition eingereicht, für die ich ein gutes Wort einlegen möchte. (Auf: Ah! Unruhe!) Meine Petition! Eben hat der Stadtr. Finger dreimal in einseitiger Weise über Lehrergehälter gesprochen, sobald ich aber das Wort „Arbeiter“ anspreche, werden Sie schon ungenügend. Die Petition läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter im Winter denselben Lohn erhalten möchten, wie im Sommer, was durch Einführung eines bestimmten Tageslohnes statt des jetzt bestehenden Stundenlohnes erreicht werden könnte. Die Arbeitszeit der Kanalarbeiter ist den Witterungsverhältnissen entsprechend im Sommer etwas länger als im Winter. Der Stundenlohn beträgt 26 Pf., das macht im Sommer einen Tagelohn von 2,60 Mk. bei gewöhnlicher Arbeitszeit, alles in allem 13,60 Mk. pro Woche. Ist das schon wenig? Ganz so steht derselbe im Winter aber gar auf 14,40 Pf., da in dieser Jahreszeit die 8stündige Arbeitszeit herrscht. Gerade wenn die Ausgabe für Kleidung, für Heizung und Beleuchtung steigen, wenn man sich das Einkommen zu arbeiten, nur möchten sie keinen Lohnausfall haben. Wenn Sie haben, dann werden Sie ihren Wünschen nachkommen. In den Kanälen der Großstadt, fortwährend gebildet umhergehend, aus von einer Siderbeilampe in der Finsternis unterführt, verächtlich sie ihr Tagewort. Oft müssen sie auf allen Knieen kriechen, dabei beschmutzen sie sich mit Erde und Weis, an der Oberwand der Kanäle auch noch den Rücken. Angesichts dieser beschwerlichen Tätigkeit bitte ich um eine Lohnerböschung für die Kanalarbeiter und um Berücksichtigung ihrer Petition.

Eine Debatte über die Anregung fand nicht statt. Der Etat wurde genehmigt.

Beim Etat des Fortbildungsschulwesens ergriff unser Genosse Söbe das Wort, um die Anerkennung der Arbeiterschaft für das große Werk auszusprechen. Er führte aus: Der Ausbau unserer Fortbildungsschulwesens wird dieses Jahr beendet. Diese Gelegenheit möchte ich nicht vorbegehen lassen, ohne dem Magistrat und den beteiligten Beamten den Dank und die Anerkennung der Arbeiterschaft auszusprechen für den Eifer, mit dem sie das Werk der Fortbildungsschulen und der Handwerker-Schule gefördert haben. Aus bescheidenem Umfange heraus ist ein Riesentat aufgeführt worden, der unserer Stadt zur Ehre gereicht und zahlreichen Handwerkern und Arbeitern Gelegenheit geben wird, sich für den Kampf ums Dasein besser zu rüsten. Wenn die Entwicklung nun zu einem bestimmten Abschluß gekommen ist, möchte ich neben der Anerkennung noch den Wunsch ausdrücken, daß es uns gelingen möge, in nicht zu ferne Zeit das Werk zu beenden durch den Bau eines allen Bedürfnissen entsprechenden Handwerker-Schulgebäudes.

Auch dieser Etat wurde gutgeheißen. Eine weitere lebhaftere Debatte rief der Etat für das Feuerlöschwesen hervor. Hier ergriff der Stadtr. Rechtsanwalt Dr. Honigmann (Mitglied der Gesellschaft für soziale Reformen) das Wort, um auf den Übelstand hinzuweisen, der dadurch entsteht, daß die Feuerwehrleute an ihren dienstfreien Tagen die Theaterwache auszuführen haben. In der Bekanntmachung, betreffend die Beamtenqualität der Feuerwehrleute war die Wendung enthalten, daß die Wachen im Gegensatz zu früher, jetzt als Dienst gelten solle. Nun haben die Feuerwehrleute immer zwei Tage Dienst und einen Tag dienstfrei. Und an diesem dienstfreien Tage müssen sie mehrstündige, anstrengende Theaterwachen ausführen. Nebenher wünscht, daß die Wachen mit auf die Diensttage verlegt werden.

Stadtr. Weibe (kons.) schloß sich den Ausführungen an. Stadtr. Dr. Rive und Stadtbaurat Wiry hatten es für unmöglich, ohne erhebliche Kosten den Wünschen der Feuerwehrleute und des Stadtr. Honigmann Rechnung zu tragen. Stadtr. Söbe (Soz.) findet es bedauerlich, daß Herr Stadtr. Rive auch die Wünsche der Feuerwehrleute wieder mit dem Hinweis zurückweist: das kostet so und so viel tausend Mark. Bei Gehaltserhöhungen für Bürgermeister und Stadträte wird dieser Grund niemals angeführt (Unruhe.) Da heißt es: wir müssen nobel sein und dem anerkannten Wert der Dienste die Belohnung nicht versagen. Für Unterbeamte und Arbeiter aber haben Sie diese Anerkennung niemals übrig. — Stadtr. Dr. Rive meint, er habe keinen Einfluß auf die Gehälter von Bürgermeistern und Stadträten. — Der Feuerlöschetat wird bewilligt.

Außerdem wurden noch debattiert einige kleine Vorlagen und Etats erledigt. Beim Etat des Beleuchtungswesens wurden einige Wünsche auf bessere Beleuchtung der Berliner Chaussee, der Rosenstraße und der Gneisenaustraße vorgebracht. Zum Schluß erteilte der Vorsteher dem Stadtr. Schütz für das Wort „Schmutzfüßel“ einen Ordnungsruf. Dann trat die Versammlung in eine geheime Sitzung ein.

Breslau. Gewerkschaftshaus.

- Freitag, den 31. März: Arbeiter. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale. Tagelöhner. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im Billardzimmer.
- Sonnabend, den 1. April: Zentralverband der Handl., Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale. Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Quartalsversammlung. Zimmer Nr. 2.
- Sonntag, den 2. April: Steinarbeiter. Vormittags von 10—12 Nachmittags. Steinleger. Nachmittags 3 Uhr: Versammlung. Zimmer Nr. 1. Liebertafel „Treu“. Nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung. Zimmer Nr. 3. Maschinisten- und Seiger-Verband. Mitglieder-Versammlung. Nachmittags 2 Uhr. Zimmer Nr. 2.
- Montag, den 3. April: Arbeiter-Sänger-Club. Ortsgruppe (Breslau). Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 5: Aufsichtsrats-Versammlung. Auch haben sämtliche neu gewählten Vorstandsmitglieder und Revisoren zu erscheinen. Donnerstag, den 6. April: Tabakröhren-Verband. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 8 u. 4. Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins: Distrikt I (Gräßlicher Vorstadt). Bezirk 5 u. 7. Sonnabend, den 1. April, Abends 8 1/2 Uhr, im bekannten Lokal: Zusammenkunft und Besprechung betr. wichtiger Angelegenheiten. Vollständiges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Die Bezirksführer. Bezirk 6. Sonnabend, den 1. April, Zusammenkunft. Zahlreiches Erscheinen wegen wichtiger Angelegenheiten ist Pflichtsache. Bezirk 120. (Dorf Gräßchen.) Sonntag, den 2. April, Vormittags 10 Uhr, Nachtag. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Der Bezirksführer. Distrikt III und XI (Ober-Vorstadt). Sonnabend, den 1. April, Abends 8 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer. Wichtige Angelegenheiten erfordern das Erscheinen sämtlicher Bezirksführer und deren Stellvertreter. Kontrollkarten sind mitzubringen. Die Distriktsführer. Distrikt V (Scheffels). Dienstag, den 4. April, Distriktszusammenkunft. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Distriktsführer. Partikel, Krieger, Kleinsdorf, Dittschin. Bezirk 121. Sonntag, den 2. April: Zusammenkunft im bekannten Lokal Nachmittags 2 Uhr. Bibliotheksleiter sind mitzubringen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.
- Wieg. Zimmerer-Verband. Sonnabend, den 1. April, Abends 7 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Verbandslokal. Zellhammer. Deutscher Bergarbeiterverband, Zahlstelle Zellhammer. Sonntag, den 2. April: Mitglieder-Versammlung im Saale des Herrn Springer, hier selbst. Wegen Besprechung wichtiger interner Verbandsangelegenheiten ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder nötig. Nach der Versammlung Tanzkränzchen vom Knappenverein Zellhammer. Liegnitz. Gewerkschaftskartell. Sonntag, den 2. April, Vormittags 9 Uhr: Sitzung. 1. Beichtigung des neuen Gewerkschaftshauses. 2. Bericht der Verwaltungskommission. 3. Renouvellement der Verwaltungskommission. 4. Verschiedenes. Die Sitzung findet im neuen Gewerkschaftshause statt. Janer. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 2. April, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Freiwillige Gemeinde Froiburg.**  
Sonntag, d. 2. April, nachm. 4 Uhr:  
Vortrag und Jugendweibe  
von Herrn  
**Tschirn-Breslau**  
„Gasthof zum Kronprinz“.  
**Stadt-Theater.**  
Sonnabend:  
Zum Besten der Orchester-  
Unterstützung-Reste  
„Die schöne Ungarin“  
Vor dem 3. Akt Konzert.  
**Lobe-Theater.**  
Freitag:  
„Der Kilometerstreifer.“  
Sonnabend:  
zum 1. Male:  
„Der letzte Tag.“  
Vorlauf zum 1. Male  
„Gama“  
Zum Schluß zum 1. Male  
„Mit dem Kreuz spielen.“

**Zirkus Busch.**  
Freitag, den 31. März 1905,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Komisch-Gala-Abend**  
Zum 7. Male:  
**Klondike**  
Großes Renée-Schauspiel des  
Zirkus Busch:  
Ein Bild aus dem modernen  
Goldgräberleben Amerikas  
in 5 Akten.  
**Vorton B. Smith,**  
Der König der Pferdehändler.  
Seltene Pferde werden zu  
jeder Zeit angenommen und  
losgelassen behandelt.  
Aufzügen:  
Zum 1. Male:  
**Clown Pinta,**  
mit seiner automatischen  
Rundtreppe.  
Zum 1. Male:  
**Gipsri-Clown Daniels,**  
als „Gipsarbeiter“.  
Umwanderer dress. Elephas,  
porcel. v. Mr. Philadelphia.  
**Signor Magriani,**  
der beste Springer der Welt.  
**Mlle. de Holstein,**  
Schulmeisterin  
Herr Ernst Schumann  
mit seinen neuesten  
Original-Treffuren  
und die  
besügl. Programmnummern.  
Freie der Plätze 1c.  
und Willenverlauf siehe  
Plakate und Tageszettel.

**Gasthof zur Germania, Polnitz.**  
Sonntag, den 2. April 1905:  
**Große Tanzmusik.**  
Es ladet ergebenst ein  
E. Michaels.  
**Ortskrankenkasse der Steinmetzen Breslaus.**  
Zu der am Mittwoch, den 12. April, abends 8 Uhr, im  
Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17, Zimmer Nr. 3,  
stattfindenden  
**General-Versammlung**  
werden hiermit die Herren Arbeitgeber und Mitglieder eingeladen.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Wahl dreier Vorstandsmitglieder.  
3. Statuten-Nachtrag. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Meine Restauration**  
mit großem Veranda-Zimmer, geeignet zu Versammlungen und  
für Vereine, erlaube ich mir allen Freunden und Bekannten zur  
gefälligen Beachtung zu empfehlen. 632  
**Max Korditzke**  
Leuthenstraße, Ecke Dillbebrandstraße.  
**Glas, Porzellan, Lampen!**  
Spezialität:  
**Haus- und Küchengeräte**  
**Holz-Schäffer und -Wannen**  
zu den bekannt billigen Preisen  
empfiehlt

**Robert Kornmann**  
nur Friedrich-Wilhelmstr. 50  
vis-à-vis der Friedrich-Karlstraße. 635  
„In freien Stunden“.  
Illustrierte Roman-Bibliothek, Best 10 Pfennige,  
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

**Telegramm!**  
für Genossen.  
Wer billig, gut und schön will  
kaufen — darf nur bis Matthiasstr. 9 laufen.  
**Echte Reutlinger**  
**blaue Arbeits-Anzüge**  
erkannt bestes Fabrikat. 433  
Größte Auswahl — Billigste Preise.  
**Wilh. Langer, Grabschenerstrasse 18.**

Verlangen Sie neue Preislifte.  
**Ausnahme-Preise**  
auf  
**Konfirmanten-**  
**Schuhe.**  
Verlangen Sie neue Preislifte.  
Kadetten-Schnürstiefel, schwarz . . . jezt 6,40 u. 4,90  
Kadetten-Schnürstiefel, farbig . . . jezt 7,40 u. 5,40  
Segeleinen-Schnürstiefel, praktisch und schön jezt 4,40  
Weiße Macleeder-Schnürstiefel „hohlegant“ jezt 8,40  
Kadett-Schnürstiefel „sehr modern“ . . . jezt 9,20  
Knaben-Schnürstiefel . . . jezt 6,40 u. 5,40  
Knaben-Gamaschen . . . jezt 6,20 u. 4,90  
**Nur soweit Vorrat!**  
**Ludwig Herz,**  
Breslau, Blücherplatz 4. 392  
Fornbrucher Nr. 8075.

**Achtung!**  
**Eltern, Vormünder,**  
welche die Pflicht haben, ihre  
Betreuungsbefohlenen dem Schirm-  
macher-Gewerbe zuzuführen,  
können die Schirmmacher hier  
nur dringend davon abraten.  
Das Handwerk ist vollständig  
überfüllt und bietet für die  
Zukunft keinerlei Aussicht auf  
auch nur beschwerliches Fort-  
kommen. 679  
**Verband**  
**d. deutschen Schirmmacher.**  
**Zum Umzuge**  
**Ergänzungs-Möbel**  
voll in eigener Werkstatt gearbeitet  
Matrassen, Sofas, Salons,  
Polster-Garnituren etc., sowie  
überragende Auswahl von  
**Antik-Möbel**  
Stich, Schlaffzimmer billig zu  
verkaufen  
**G. Roth,**  
**2 Reuichestraße 2.**  
Sulzbach Platz-Verbindungen. 470  
Alfred Scholz.

**Wollen Sie**  
Restaurations- und  
**Sängerhalle**  
Alsenstraße 57  
empfiehlt schönes Vereinszimmer.  
Zeder-Sonntag: Singsaal.  
Mittwoch: Schweißschlachten.  
Es ladet ergebenst ein